

Südbödecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Südbödecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengezeigte Zeile oder deren Raum 200 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 242.

Donnerabend, den 15. Oktober 1921.

28. Jahrgang.

Morgen Entscheidung.

Paris, 15. Oktober.

Der „Temps“ will erfahren haben, daß das Gutachten des Völkerbundes am Sonntag als Entscheidung des Obersten Rates veröffentlicht werden wird.

Genf und Versailles.

Berlin, 15. Oktober. (Fig. Drahtbericht.)

Die bisherigen Mitteilungen von dem Entscheid des Völkerbundes über die Teilung Oberschlesiens erfahren eine interessante Ergänzung durch eine Havas-Meldung. In dieser heißt es, daß man zwar die Festlegung der Grenze nach den Völkerbundsentscheidungen vornehmen wolle, jedoch nicht Polen und Deutschland auf ein vorläufiges Wirtschaftsregime oder ein ähnliches Abkommen vertragsmäßig verpflichten wolle. Vielleicht handelt es sich bei dieser Meldung des amtlichen französischen Bureaus nur um eine Stellungnahme der französischen Diplomatie. Es bliebe dann die Frage, wie sich England dazu verhalten würde. Es hat aber den Anschein, als bisher wenigstens zwischen Frankreich und England in der Behandlung der oberschlesischen Frage eine Übereinstimmung herrscht. Fraglich allerdings bleibt, ob England dem neuen Abkommen reflexlos zustimmen wird, auch wenn es dem Friedensvertrage widerspricht.

Tatsächlich würde eine Grenzlinienführung Oberschlesiens nach den Richtlinien des Völkerbundes einen Bruch des Friedensvertrages darstellen. Tatsächlich mußte auf Grund des Versailler Friedensvertrages mit einer neuen Grenzlinie in Oberschlesien gerechnet werden und es ist bedauerlich, daß man nicht schon früher diese Möglichkeit entschieden ins Auge gefaßt und das deutsche Volk mit ihr vertraut gemacht hat. Die Grenzlinienführung soll aber unter Berücksichtigung der Volksabstimmungsergebnisse und der wirtschaftlichen Zusammenhänge erfolgen. Frankreich, das ja von vornherein ganz Oberschlesien in die Hände der Polen zu spielen versucht hat, was ihm auch bei Annahme der Völkerbundsentscheidung mißglückt ist, hat es früher vermieden, sich auf die Anteilbarkeit Oberschlesiens festzulegen. Auch die von Deutschland und England verfolgte Meinung, daß mindestens das Zentralgebiet unteilbar sei, wurde oft von den Franzosen als tendenziöse Macho angesehen. In der Tat hätte diese Frage, so klar sie für uns Deutsche ist, völkerrechtlich strittig sein können, wenn nicht der Völkerbund als oberste Instanz selbst eine Art Wirtschaftsautonomie für Oberschlesien vorgeschlagen hätte, die wirtschaftliche Einheit des Zentralgebietes mindestens auf Jahre hinaus sichergestellt hätte. Wie diese Wirtschaftsautonomie aussehen soll, ist auch jetzt noch nicht bekannt. Aber die grundsätzliche Stellungnahme des Völkerbundes hat die Auffassung von der Anteilbarkeit des Zentralgebietes eindeutig als richtig bewiesen. Was in aller Welt hätte eine solche provisorische Regelung denn für einen Sinn, wenn man nicht damit den wirtschaftlichen Zusammenhalt der oberschlesischen Industrie gewährleisten, ihre Zusammengehörigkeit befestigen wollte. Sind also die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu berücksichtigen, so darf das zentrale Industriegebiet Oberschlesiens nicht geteilt werden, es darf selbst nicht ohne weiteres der notwendigen Kohlenreserven, insbesondere der Rybnitzer Kohlenkohle beraubt werden und es bleibt unter dem Diktat der wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die selbst der Versailler Friedensvertrag anerkennen mußte, allenfalls die Regelung der Grenze, die den Polen geringe territoriale Zugeständnisse macht. Solche Vorschläge sind von den Engländern in den Verhandlungen des Obersten Rates tatsächlich gemacht worden. Erkennt England jetzt den Schiedspruch des Völkerbundes an, so würde es sich in Widerspruch mit seiner früheren durch sorgfältige Studien belegten Meinung setzen.

Das ist augenblicklich der Kernpunkt der oberschlesischen Frage. Deutschlands befindet sich in der traurigen Lage, die Entscheidung des Völkerbundes nicht beeinflussen zu können. Wenn man aber schon sein moralisches Recht auf Oberschlesien streitig zu machen sucht, so ist der Völkerbund zum mindesten verpflichtet, den Wortlaut des Versailler Diktats anzuerkennen und es ist eine schwere Gefährdung seines Ansehens vor der ganzen Welt, daß er es bisher nicht getan hat.

Was die oberschlesische Industrie verliert.

Berlin, 14. Oktober.

Wenn die in der Morgenausgabe der „Vossischen Ztg.“ vom 13. Oktober auf einer Karte angegebene Teilungslinie für Oberschlesien zutreffen sollte, dann würde, so wird im Auftrage des preussischen Handelsministers Fischel erklärt,

dies in bergwirtschaftlicher Hinsicht nachfolgende Verluste bedeuten: An Kohlenvorräten würde Deutschland 86 Proz. der oberschlesischen, bezw. 42,5 Proz. seiner gesamten bis 1500 an Tiefe anstehenden gewinnbaren Steinkohlenvorräte verlieren.

Ferner würden an Polen 64 Prozent der oberschlesischen Steinkohlenförderung verloren gehen, was nach den Förderungsergebnissen des letzten Friedensjahres 1913 einen jährlichen Förderausfall von rund 28 Millionen Tonnen Steinkohlen bedeuten würde. Dies wäre um so gefährlicher, als viele der deutschbleibenden Gruben schon sehr stark abgebaut sind und deren Produktion von Jahr zu Jahr abnehmen wird, während die angeblich an Polen fallenden Steinkohlenwerke über unerschöpfliche Kohlenreserven verfügen und die Möglichkeit für eine fast unbegrenzte Steigerung ihrer Förderungsleistung besitzen. Die gesamte oberschlesische Zinkproduktion ginge verloren, die im letzten Friedensjahre 1913 etwa 17,1 Prozent der Weltproduktion und mehr als 60 Prozent der deutschen Zinkproduktion geliefert hat; denn 86,6 Prozent der oberschlesischen Zinkförderung und sämtliche Zinkhütten kämen an Polen, ebenso würden 75,4 Prozent der oberschlesischen bzw. 27 Prozent der ganzen deutschen Erzförderung einschl. der darin enthaltenen Silbererze verloren gehen.

Ueber die oberschlesische Eisenindustrie, die im letzten Friedensjahre 1913 rund 2 680 000 Tonnen Eisen und Stahlerzeugnisse geliefert hat, liegen noch keine genaueren Daten vor, doch müßte auch hier mit einem Verluste von mehr als 63 Prozent zu rechnen sein, falls die angegedeutete Teilungslinie den Tatsachen entsprechen sollte.

Wirths Stellung.

Berlin, 15. Oktober. (Fig. Drahtbericht.)

Entgegen Meldungen der bürgerlichen Presse haben im Laufe des Freitags keine neuen Verhandlungen der Koalitionsparteien über die Lage stattgefunden. Auch die Regierung hat sich mit den oberschlesischen Problemen der Genfer Entscheidung und deren Auswirkung nicht beschäftigt, da bestimmte Nachrichten über die Pläne des Völkerbundes immer noch nicht vorliegen. Die am Freitag mittag 12 Uhr abgehaltene Kabinettsitzung galt lediglich der Besprechung geschäftlicher Angelegenheiten. Bereits heute beschäftigt man sich in parlamentarischen Kreisen mit der Auswirkung der Genfer Entscheidung, soweit Mitteilungen der Presse hierüber vorliegen. Solange keine endgültigen Nachrichten über die Absichten des Völkerbundes vorliegen ist es jedoch schwer, auch nur schätzungsweise die Schäden zu bewerten. Allgemein ist aber die Ansicht verbreitet, daß, falls die Entscheidung derart ausfallen sollte, wie sie angedeutet worden ist, die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zur Unmöglichkeit wird. Eine weitgehende Umstellung des deutschen Wirtschaftssystems wird insbesondere durch die verminderte Kohlen- und Kraftversorgung für notwendig gehalten; denn bekanntlich verliert Deutschland nach der bisher angekündigten Entscheidung nicht nur einen großen Teil der oberschlesischen Kohlenbergwerke, sondern auch fast sämtliche Zinkgruben und technisch hochstehende Wasserwerke.

Die Ministerstürzer sind im Augenblick merkwürdig ruhig geworden und scheinen ihre Propaganda bis zur endgültigen Entscheidung zurückstellen zu wollen. Statt dessen predigt aber jetzt eine gewisse Presse die Einigung des deutschen Volkes ohne selbst auch nur das Geringste zur Überbrückung der Parteigegensätze beizutragen. Auch die Volksparteiler gehören zu diesen Predigern in der Wüste, besitzen aber gleichzeitig die Frechheit, anläßlich der Berliner Wahlen ein Flugblatt zu verbreiten, in dem die Behauptung aufgestellt wird, daß die Sozialdemokratie die Volksparteiler gebeten habe, um Gotteswillen bald in die Regierung einzutreten. Diese Behauptung ist nicht nur sachlich falsch, sondern es hat hierzu noch nie Anlaß vorgelegen und die Dummen, an welche die Volkspartei appelliert, müssen schon mehr als weltfremd sein, wenn sie nach den Auseinandersetzungen, in den letzten Wochen dem volksparteilichen Schwindel Glauben schenken. Die Sozialdemokratie wird nie Anlaß haben, an die Volkspartei heranzutreten, sich vielmehr der Zeiten entsinnen, wo volksparteiliche „Fachminister“ in der Regierung saßen und das Staatsschiff tiefer und tiefer in den Abgrund führten.

Bemerkung.

In eigener Sache!

Die Leser des „Volksboten“ werden sich der Bemerkung erinnern, die wir an das Benehmen des Oberleutnants N. auf dem Geißelplatz knüpften. Sie werden auch das Eingekleidete betreffende Hofsofenarbeiter gelesen haben.

Der Oberleutnant Nowak — um den handelt es sich — findet zwar nicht den Mut, sich über den Vorfall an der richtigen Stelle auszusprechen; aber, um seiner gepöbelten Eitelkeit Luft zu machen, erzählt er in der Öffentlichkeit jedem, der sie hören will, die ganze Geschichte in beschönigter Darstellung. Und er tut noch mehr!

Mit Verleumdungen gegen mich, die er in seine Behauptungen einstreut, will er sein schwarzes Gewissen überfrachten. So hat er in einem hiesigen Freizeitschriftchen — einem sehr geeigneten Platz — des langen und breiten behauptet, ich hätte während des Kapp-Putsch meine Leute überredet, sich auf Seite der Putschisten zu stellen, und ich hätte insbesondere eine Batterie mit Geschützen gegen verfassungstreue Truppen feuern lassen, wodurch eben auf Seite dieser verfassungstreuen Truppen recht erhebliche Verluste eingetreten seien.

Ich habe an den Oberleutnant Nowak nun einige Fragen zu stellen:

Ist es Ihnen nicht bekannt, daß ich seit in der ganzen Division der einzige Offizier war, der Kapp-Lüttich die Gefolgschaft verweigerte? Ist es Ihnen nicht bekannt, daß ich alleinstand, als ich allen eibdrückigen Stäben und Truppen Kampf ansagte? Ist es Ihnen nicht bekannt, daß ich zusammen mit den Gewerkschaften kämpfte? Und daß kein einziger Kanonenschuß fiel? Und daß ich vor den verschiedenen Gefechten die Erklärung gab und verlangte: Für Ebert-Scheidemann?

Da Sie, Herr Nowak, damals im Regimentsstab sich aufhielten, so müssen Sie das alles wissen. Standen Sie doch daneben, als ich im Wasserturm von Gramenz, nach dem ehrlosen Verrat von Zastrow, mit dem Oberleutnant Zabrucius, Ihrem Kommandeur, verhandelte. Haben Sie da nicht gehört, wie Ihr Vorgesetzter sich damit brühtete, daß von allen seinen Unterführern ich der einzige gewesen sei, der der Republik treu blieb?

Das wissen Sie alles. Sie wissen auch, daß der für das blutige Hauptgefecht verantwortliche Major Banke, mein Gegner, aus der Reichswehr ausgestoßen ist. Gegen besseres Wissen also streuen Sie in der Öffentlichkeit unwahre Verleumdungen gegen mich aus.

Bisher, Herr N., haben Sie in den Kesseln; jetzt aber haben Sie sich der Länge nach hineingelegt. Ihre Haltung im Kapp-Putsch will ich nicht nochmals aufwärmen. Befanden Sie sich doch in der Gesellschaft aller Ihrer Kameraden, die jetzt noch sporenklingend den Säbel über das Pflaster schleifen. Und außerdem ist Ihnen ja durch die Amnestie die Strafe geschenkt.

Aber etwas anderes verlange ich: Die Verleumdungen, die Sie in der Kasserette, also öffentlich, ausgesprochen haben, werden Sie auch öffentlich zurücknehmen. Sie werden zugeben, daß Sie ohne jeden Anhaltspunkt, gegen besseres Wissen, mich verleumdet haben. Drei Tage haben Sie dazu Zeit; am Dienstag haben Sie entweder alles in Ordnung gebracht, oder ich werde, notgedrungen, anderswo mein Recht suchen.

Dr. L e b e r.

Valuta.

1 Dollar = 140 Mark.

Dr. L. Süß, 15. Oktober.

Ein amerikanischer Dollar, der im Frieden 4,20 galt, kostet jetzt 140 Mark. Das heißt also, daß wir für jede Ware, die in Amerika 1 Dollar kostet, 140 Mark ausgeben müssen. Umgekehrt kann Amerika bei uns für 1 Dollar ebensoviel kaufen, wie wir für 140 Mark. Die Folgen dieses unheimlichen Verhältnisses zwischen deutschem und fremdem Geld sind einleuchtend. Uns ist es beinahe unmöglich, im Auslande irgend etwas zu kaufen; hingegen kann das Ausland bei uns für wenig eigenes Geld große Warenmengen eintaufen, viel mehr als es für dasselbe Geld im eigenen Lande bestimme. Die deutschen Waren sind also die billigsten; die deutsche Wirtschaft unterbietet jede Konkurrenz. Sie bekommt infolgedessen viele Aufträge herein.

Das ist natürlich an sich erfreulich. Die deutsche Industrie hat gute Beschäftigung; die Zahl der Arbeitslosen ist zurzeit geringer als selbst in guten Friedenszeiten. Jedem falls steht Deutschland wirtschaftlich besser als die Siegerstaaten, und auch besser als die während des Krieges so blühenden neutralen Staaten.

Aber nicht alles ist Gold, was glänzt. Denn nur deswegen sind wir so konkurrenzfähig, weil wir unsere Produkte folgendermaßen verkaufen — für Papiermark vor-

schleudern. Rechnen wir den Erlös in Goldwerte um, so steht er in gar keinem Verhältnis zu der dafür hingegebenen Warenmenge. Während die Menge der Waren, die wir hinausgeben, andauernd steigt, sinkt der wirklich hereinkommende Erlös dafür von Valutakrise zu Valutakrise.

Dieser merkwürdige Zustand hat folgende Auswirkung: Jeder Kaufmann, der deutsche Waren im Auslande verkauft, verdient unheimliche Summen. Die Waren wurden ja im Inland zu den in wertlosen Papiermark ausgezahlten niederen Löhnen hergestellt; ihre Herstellungskosten sind also, in fremde Währung umgerechnet, so niedrig, daß der Preis jede Zollschranke und alle anderen Schwierigkeiten überbringt und dem Exporteur doch noch Gewinne bis zu 50 Prozent sichert.

Der Arbeiter aber ist der leidende Teil. Mit der Papiermark sinkt auch seine Lebenshaltung. Die mit dem Valutakurz verbundenen Preissteigerungen haben genau die gleichen Wirkungen wie Lohnkürzungen. Das Fallen der Valuta entzieht also der Arbeiterklasse einen Teil ihres Einkommens. Damit wird die deutsche Arbeitskraft dem deutschen Unternehmer billiger und billiger; er kann sie auf dem Weltmarkt also glatt verschleudern, und heimst doch noch gewaltige Gewinne ein.

Diese Gewinngeschäfte öffnen naturgemäß dem Schiebertum wieder alle Schloffen. Wir sind wieder mitten drin in einer Schieberkonjunktur; sie wirkt sich allerdings nicht in Warenlieferungen an die Heeresverwaltung usw. aus, sondern in Spekulationen in Wertpapieren und in Devisen. Wer mit offenen Augen durch die Welt geht, der sieht mit Grausen den neuen Taumel herannahen. Vor einigen Tagen veröffentlichte das „Hamburger Echo“ die Gastrechnung eines Lustertellers, die in wenigen Stunden von einer sechsköpfigen Gesellschaft gemacht wurde: 1500 Mark. In einem hiesigen Lokal verzehrte vor einigen Tagen innerhalb einer Stunde ein Einzelner mit einigen Dämchen 671 Mark.

Diese Summen müssen doch irgendwo herkommen. Reine volkswirtschaftlich betrachtet sind sie ebenso wie die Schieberverdienste der Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre nichts anderes als Diebstähle Einzelner an dem gesamten Volkseinkommen. Oder genauer gesagt sind es Summen, die dem Arbeiter, eben durch den Valutakurz, von seinem Munde abgezogen und dafür den Schiebern und Spekulanten in die Tasche gejagt werden.

Soll das so weitergehen? Soll Deutschland eine neue Schieberkonjunktur erdulden? Sollen wieder tausende von Millionen vertrieben und bei größtem Hurragefang verschleudert, während das Volk hungert und seufzt?

Es ist allerdings höchste Zeit, daß zugegriffen wird. Die gewaltigen Uebergewinne der Exporteure müssen erfaßt, die daraus entspringenden Dividendenmassen weggesteuert werden. Und vor allem müssen Mittel und Wege gefunden werden, die allen Festbeldbenden — Arbeitern und Beamten — endlich ein Einkommen garantieren, das einigermaßen dem wirklichen Existenzminimum angepaßt ist, und das nicht bei jedem Weichen der Valuta verunstaltet und seinen Bezahler der Not und dem Elend preisgibt.

Der Regierungswechsel in Schweden.

Im Juli 1920 war das Kabinett Branting genötigt gewesen, zurückzutreten, da die Wahlen unseren Genossen empfindliche Verluste gebracht hatten und es Branting nicht glückte, die ebenfalls geschwächte liberale Partei zur Teilnahme an der Regierung zu bewegen. Die zweite Kammer bestand seitdem aus einer Reihe von Minderheitsgruppen (71 Konzeptsammler, 9 Großbauern, 19 Mittelbauern, 47 Liberalen, 78 Rechts- und 7 Linkssozialisten), weshalb ein neues Beamtministerium mit dem Landeshauptmann von Kristianstad, Freiherrn de Geer, und nach dessen Rücktritt, mit Landeshauptmann von Sydow an der Spitze, die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten übernahm. Die Führung der Geschäfte gestaltete sich bei den ausgeprägten Gegensätzen im Lande überaus schwierig und es war vorauszu sehen, daß die härteste Partei, die der Sozialisten, sich gegen eine Anzahl von Plänen der Regierung wehren würde. Auf den Widerstand unserer Genossen war es z. B. zurückzuführen, daß das Kabinett de Geer zurücktreten mußte, nachdem es vergeblich versucht hatte, eine Erhöhung des Kaffeesteuers durchzuführen. Inzwischen wurde die absolute Demokratisierung des Wahlrechts durchgeführt, mit der auch die letzten Bedingungen für die Wahlberechtigung (Zahlung von Steuern, Ableistung der Militärpflicht usw.) hinwegfielen, das Grenzalter auf 23 Jahre herabgesetzt und das Wahlrecht auf die Frauen übertragen wurde. Die Zahl der Wahlberechtigten war hiermit von 1,1 Millionen auf mehr als das Doppelte erhöht worden, und es war klar, daß diese Vergrößerung des Wahlkörpers nicht ohne Einfluß auf die Wahlergebnisse bleiben werde. Im Lande aber begann, genau so wie in anderen parlamentarischen Ländern, die jüdisch-antijüdische Agitation, da es unmöglich wurde an Deutschland, Österreich usw. zu verzichten, und mit ihr im Geolge Schritt die Arbeitslosigkeit. Von konservativer Seite glaubte man dem Uebel abhelfen zu können, indem man gegen den sich abzeichnenden Arbeitsschwund Sturm lief, das Streikrecht der Arbeiter einzuschränken wünschte und die Errichtung möglichst hoher Zollschranken forderte, um die einheimische Industrie vor der ausländischen Konkurrenz künstlich zu schützen. Mit den eigentlichen Konservativen (Mittelbauern) geht der Bauernbund im großen und ganzen Hand in Hand. Es ist klar, daß die Sozialdemokraten sich auf das Erschießen gegen beratliche reaktionäre Anschläge zur Wehr setzen und sie finden Unterstützung bei der Linken. So in der Stellungnahme gegen die hohen Heeresausgaben. Noch im Juli mußte der Kriegsmilitär General Hornstedt seinen Abschied nehmen, weil der Reichstag die von der Regierung geforderte Verlängerung der Militärdienstzeit verweigerte, obwohl Staatsminister Sydow die außenpolitische Lage als ebenso ernst wie vor dem Krieg bezeichnete. Denn Schweden, so führte er warnd aus, werde eines Tages die neuen Randstaatenbildungen in Südeuropa erleben. Ueber den Völkerbund äußerte sich Sydow damals recht heftig, wobei er die Wilnaer Angelegenheit und den polnischen Anspruch in Oberschlesien als Beispiele für die Unmacht dieses Instituts anführte. Die für Schweden so günstige Entscheidung, die der Völkerbundrat in der

Abendfrage fällt, hat den Glauben an die reine Sachlichkeit und Gerechtigkeit der Entscheidungen dieser Körperschaft noch weiter geschwächt und selbst Branting in seinem Vertrauen einigermaßen erschüttert. Wenn also heute Branting an die Stelle Sydows als Kabinettschef auftritt, so kann man annehmen, daß in der Stellungnahme zum Völkerbund die früher so schroff sich gegenüberstehenden Ansichten zwischen links und rechts sich einander genähert haben, wie überhaupt in der Richtung der äußeren Politik Schwedens mit dem Regierungswechsel kaum irgendwelche Aenderung eintreten wird. In der inneren Politik wird Branting auf die sympathisierende Haltung der Liberalen rechnen können, wenngleich ihr Führer, Professor Eden, ebenso wie vor einem Jahre, es ablehnt, in die Regierung selbst einzutreten. Herr Branting verfügt demnach über die 97 Stimmen seiner eigenen Partei in der Kammer, über die 41 Stimmen der Liberalen, die 6 der Linkssozialisten und 7 der Kommunisten. Die Parteien der Rechten haben dagegen nur 62 bzw. 21 Sitze. Es wird ihm also möglich sein, eine feste Richtlinie seiner Politik durchzusetzen.

Das neue Kabinett.

Stockholm, 11. Oktober.

Branting hat dem König folgende Ministerliste vorgelegt: Ministerpräsident und Minister des Innern: Branting, Wehrminister P. S. Hansson, Soziales: Herm. Lindquist, Verkehr: Boerne, Finanzen: Thorsson, Kulturs: Olof Olsson, Landwirtschaft: Sigurd Andersson, Handel: C. E. Svensson, ohne Portefeuille: Sandster, Rothin und Schlyter.

Verständigung über das Burgenland.

Volksabstimmung in Oedenburg.

Wien, 14. Oktober.

Das Korrespondenzbureau meldet aus Benedig: Gestern vormittag fand die Unterzeichnung des Schlußprotokolls statt. Der italienische Minister della Torretta schloß die Verhandlungen, indem er die Hoffnung ausdrückte, daß diese Besprechung die Grundlage für eine dauernde Freundschaft der beiden Nachbarstaaten bilden möge.

Ueber die einzelnen Vereinbarungen erfährt das ungarische Vorbureau folgendes: Acht Tage, nachdem die interalliierte Generalkommission die erfolgte Entwaffnung festgestellt hat, wird in Oedenburg, und der Umgebung von Ungendorf und Bronnberg unter der Kontrolle der Kommission eine Volksabstimmung abgehalten. Was die Infolge der Uebergabe an Oesterreich erhobenen finanziellen Forderungen Ungarns betrifft, so werden in dieser Frage in 14 Tagen Verhandlungen in Wien eröffnet. Wenn diese binnen 14 Tagen nicht zu einem Ergebnis führen, wird gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon ein gemischtes Schiedsgericht über diese Frage entscheiden.

Vorläufige Regelung der Danziger Hafensfrage.

Danzig, 15. Oktober.

Die Frage eines Anleehafens für polnische Kriegsschiffe in Danzig ist auf der letzten Tagung des Völkerbundes nicht mehr zur Erledigung gekommen. Infolgedessen hat der Danziger Oberkommissar veranlaßt, daß zwischen der Republik Polen und dem Freistaat Danzig eine vorläufige Regelung dieser Frage getroffen werden soll. Polen darf den Hafen von Danzig weiterhin mit seinen Schiffen benutzen. Polen benachrichtigt die Danziger Regierung über die Zahl der Schiffe, die den Danziger Hafen benutzen. Der Hafenausschuß weist den Schiffen die notwendigen Liegeplätze an. Die getroffenen Abmachungen sollen in keiner Weise späteren Uebereinkommen der beiden Staaten oder einer Entscheidung des Völkerbundes vorgehen.

Münchens Aerger.

München, 14. Oktober. (Glg. Drahtbericht.)

Die Münchner nationalistische Presse wendet sich mit aller Schärfe gegen die Verhaftung Dr. Stadlers. Die „Münchner Augsburger Abendzeitung“ überschreibt ihren diesbezüglichen Artikel: „Ein Raubakt des Reichsfänglers“. Die „Münchner Bayerischen Nachrichten“ schreiben unter dem Titel: „Ein politischer Mordanschlag“. Unbegreiflich ist das letzte Einschreiten gegen Stadler auf Grund von Bestimmungen des Strafrechtbuches, die zu der Sache passen, wie die Faust aufs Auge. Jedenfalls ist es Pflicht der bayerischen Presse und ihrer Organisationen, alle Mittel anzuwenden, um in Zukunft solche Mordanschläge und eine weitere Anhebung des Rechts der freien Meinungsäußerung zu verhindern. Die Staatsleitung fündet die Errichtung eines Staatskommissariats für Nürnberg-Fürth nach dem Muster der bayerischen Staatskommissariate für Regensburg und Bamberg. Sie teilt halbamtlich als Entschuldigungsgrund für die Errichtung des Kommissariats ohne Genehmigung des Landtages mit, daß die Regierung durch die Gemeinbeordnung ermächtigt sei in Fällen bedrohlicher und gefährlicher öffentlicher Ruhe einem sogenannten Staatskommissariat die Polizeibefugnisse zu übertragen. Nach Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes und des aus diesem gegründeten Staatskommissariats für Nürnberg-Fürth, hätten daher die beiden Städte wieder ein Staatskommissariat übernehmen müssen. Aus diesen und anderen fadenstimmigen Gründen, z. B. die Ueberlastung des Bezirksamtes Nürnberg, fündet die Regierung die Errichtung einer staatlichen Polizeidirektion an und amert dazu weiter, daß dies ein Schritt zur Verstaatlichung der gesamten Polizei in Gemeinde und Staat sei. Damit ist die Entredung der sozialdemokratischen Großstädte in Bezug auf ihr Selbstbestimmungsrecht in Polizeianglegenheiten innerhalb der bayerischen Grenzgebiete befristet.

Der flüchtigere Vorhänger der Fraktion der bayerischen Volkspartei, Abg. Stend, nimmt im bayerischen „Kurier“ eingehend Stellung zu den Fragen der jüngsten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei über Rechts- oder Linksfragen und über die Fortführung der Grundzüge der Regierung. Hierbei unterstreicht er, daß von der Fraktionsleitung niemals eine Koalition mit der Reichssozialdemokratie in Aussicht genommen war. Die Politik im Reichsgebiet sei als eine Politik des Widerstandes auf den starken Fundamenten des bayerischen Nationalismus. Es dürfe auch keine Entwicklung angebahnt werden, deren Linien schließlich in eine Koalition mit der Reichssozialdemokratie münden würden. Der Vorhänger der bayerischen Volkspartei beweist hiermit, wie weit wir in dem gegenwärtigen bayerischen Bundesstaat von einer vernünftigen Aufhebung einer parlamentarischen Vorkriegsregierung entfernt sind.

Vorspiel der Reichstagsdebatte.

Regierung und Parteien im Vorkommensauschuß.

Die getriggerte Beratung des Vorkommensauschusses gestaltete sich zu einer interessanten Aussprache. Nachdem die Deutschnationalen ihren Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages begründet hatten, formulierten die Unabhängigen ihren Standpunkt dahin: Wenn jetzt die Einberufung erfolge, müsse abgerechnet werden mit den Kabinettsführern von rechts, die die oberösterreichische Krise zu einem Kesseltreiben gegen den Reichskanzler Wirth benutzten. Auch über das Treiben der oberösterreichischen Freikorps müsse ein ernstes Wort geredet werden. Die Reichsregierung müsse aber auf alle Fälle jetzt im Amte bleiben und ihre Verantwortung vor dem Reichstag tragen, der allein berufen sei, über ihr Schicksal zu entscheiden.

Hierauf erklärte der Reichskanzler: Die Regierung sei einmütig der Auffassung, daß sie jetzt ihren Rücktritt nicht beschließen dürfe, denn in Krisenzeiten wie den gegenwärtigen müsse eine aktionsfähige Regierung vorhanden sein. Frühere Erfahrungen hätten gelehrt, daß auswärtige Krisen nur verschlimmert werden, wenn keine aktionsfähige Regierung vorhanden sei. Deshalb bleibe die Regierung im Amte.

Die Vertreter der Sozialdemokratie, der Demokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei schlossen sich in ausdrücklichen Erklärungen der Auffassung des Reichskanzlers an. Selbst der deutschnationale Antragsteller trat zum Schluß einen Rückzug an, indem er ausführte: Zweck seines Antrages sei nur gewesen, eine einmütige Kundgebung des Reichstages zu veranstalten, bei der der Reichstagspräsident und die Regierung Erklärungen abgeben sollten. Um eine solche Erklärung abgeben zu können, dazu müsse die Regierung freilich auch im Amte bleiben.

In der Debatte gaben auch die Kommunisten der Meinung Ausdruck, daß Oberschlesien nicht zerrissen werden dürfe. Schließlich einigte man sich dahin, von einer sofortigen Einberufung des Reichstages abzusehen, da zurzeit noch ausreichende Grundlagen der Beratung fehlten. Der Vorkommensauschuß will spätestens Montag vormittag 10 Uhr wieder zusammentreten, um den Zeitpunkt der Einberufung festzusetzen.

Zerstörte Geschichtslegende.

In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 1. Oktober 1921 hatte Prof. Dr. Ziegler behauptet, das Waffenstillstandsangebot vom 5. Oktober 1918 habe unter ganzem Unglück nach sich gezogen. Dieser Schritt sei infolge seiner Leichtfertigkeit und Eiligkeit ein Verbrechen gegen unser Vaterland gewesen. Die Schuld daran treffe die am 3. Oktober 1918 gebildete Regierung des Prinzen Max von Baden.

In einer Erwiderung an das gleiche Blatt stellt Max von Baden an der Hand unüberleglicher Dokumente fest, daß die Schuld an dem Waffenstillstandsangebot keineswegs seine damalige Regierung, sondern ausschließlich den General Ludendorff trifft. Die Dokumente sind zum Teil auch schon im „Vorwärts“ veröffentlicht gewesen. Max von Baden zitiert zunächst den General Ludendorff selber, der auf Seite 581 seiner „Ariensinnerungen“ darlegt, daß er sich am 28. September zu dem Entschluß durchgerungen hatte, den Feind um Frieden und Waffenstillstand anzugehen. Um 6 Uhr abends legte er dies dem Generalfeldmarschall Hindenburg dar und zwar bemerkt er:

Die Lage könne sich durch die Ereignisse auf dem Balkan nur noch verschlechtern, auch wenn die Westfront hielte. (Was sie nicht tat. Die Red. des „Vorwärts“.) Wir hätten jetzt die Aufgabe, ohne Verzug klar und bestimmt zu handeln.

Ferner beruft sich Max von Baden auf die hier schon mehrfach zitierte Szene beim Kaiser, die Graf Hertling jun. in seinen „Erinnerungen“ (Seite 183) schildert. Ludendorff kommt unangemeldet zum Kaiser herein, er fragt in barbarem Tone, warum die neue Regierung noch nicht gebildet sei. Als der Kaiser erwidert, daß er nicht herzu könne, erklärt Ludendorff — es war dies am 30. September:

Die Regierung muß aber sofort gebildet werden, denn das Friedensangebot muß noch heute heraus.

Ferner zitiert Max von Baden das bekannte Telegramm Hindenburgs vom 1. Oktober 1918, 1 Uhr nachmittags, in dem sich Hindenburg mit einem 24stündigen Ausschuss des Waffenstillstandsangebots nur unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß bis dahin die neue Regierung gebildet sei. Sollte dies zweifelhaft sein, so müßte das Angebot noch in derselben Nacht ergehen.

Schließlich werden der Oberst v. Haesten und der Major v. d. Busche zitiert, deren Darstellung Ludendorff in den von ihm herausgegebenen „Aufsätzen der Obersten Heeresleitung“ ausdrücklich für richtig erklärt. Aus ihren von Ludendorff bestätigten Aussagen geht hervor, daß Max von Baden sich mit allem Nachdruck gegen eine liberale Abendung des Angebots gewandt hatte, daß aber Ludendorff auf seinem Standpunkt der sofortigen Herausgabe aus militärischen Gründen bestehen blieb.

Wenn Prof. Ziegler also damit recht hat, daß die eilige und leichtfertige Herausgabe des Waffenstillstandsangebots ein Verbrechen an der Nation war, so richtet sich diese schwere Beschuldigung allein gegen Ludendorff und die Oberste Heeresleitung.

Zur Kreditaktion der deutschen Wirtschaft.

Der Reichswirtschaftsrat hat einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer Kreditvereinigung der deutschen Gewerbe ausgearbeitet. In dem Entwurf heißt es u. a.: Aufgabe der Kreditvereinigung ist es, dem Deutschen Reich zur Erfüllung der Zahlungsverbindlichkeiten die Mittel in fremder Währung zur Verfügung zu stellen. Die Bezahlung geschieht im Wege der Anleihe. Die Grundlage des von der Vereinigung zu suchenden Kredits soll das Betriebsvermögen der Gewerbe, die Grundstücke der Land- und Forstwirtschaft und die zur Vermietung dienenden Gebäude der Mitglieder der Vereinigung bilden. Der Kapitalbetrag der Anleihe ist für Rechnung des Reiches an die von ihm bezielte Stelle der alliierten Mächte auszugeben. Damit erwirkt die Vereinigung einen Ersatzanspruch an das Reich für Kapitalzinsen und Kosten. Jedes Mitglied erhält für seine Zahlung eine vom Vorstand unterzeichnete Quittung mit den Steueranprüchen des Reiches formulierte Quittung. Jedes Mitglied haftet für die Verpflichtungen derselben. Der Reichsregierung steht das Recht der Aufsicht über die Kreditvereinigung zu.

Gewerkschaften gegen Kartoffelmucher.

Die Bewegung gegen den Kartoffelmucher, die vor einigen Tagen mit den Hilferufen der Verbraucher-Bünde und den Beschwerden aus den Kreisen der Gewerkschaften an die Regierungsstellen einsetzte, nimmt immer größeren Umfang an. Die Gewerkschaften beabsichtigen, den Kampf gegen die Auswucherung der wertvollen Bevölkerung bei der Beschaffung des wichtigsten Volksernährungsmittels, der Kartoffel, besonders tatkräftig zu fördern. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, drei Vertreter zum Reichsernährungsministerium zu entsenden, um zu erfahren, welche Maßnahmen das Reichsernährungsministerium gegen den Kartoffelmucher treffen will.

Prägung von Kleingeld.

Berlin, 13. Oktober.

Auf die Anfrage eines Abgeordneten hat der Reichsminister der Finanzen bemerkenswerte Mitteilungen über die Prägung von Kleinmünzen gemacht. Schon in den ersten Monaten des laufenden Jahres wurden monatlich 54 Millionen Stück Münzen zu 50, 10 und 5 Pfennigen geprägt. Das Prägeergebnis des Monats August hat aber nicht weniger als 91 Millionen Stück betragen. Ende August d. J. waren in Eisen, Zink und Aluminium bereits größere Mengen Kleinmünzen in den Verkehr gegeben, als früher solche aus Kupfer, Nickel ausgeprägt worden waren. Die vergleichenden Ziffern lauten: für 50-Pfg.-Stücke auf etwa 132 Millionen aus Silber gegen 220,5 Millionen Mark aus Aluminium; für 10-Pfg.-Stücke auf 75 Millionen Mark aus Kupfer-Nickel gegen 106,2 Millionen Mark aus Eisen und Zink; für 5-Pfg.-Stücke auf 37,3 Millionen Mark aus Nickel-Kupfer gegen 61 Millionen Mark aus Eisen. Das sind rund 120 Millionen Stück 50-Pfg.-Stücke, 310 Millionen Stück 10-Pfg.-Stücke und 475 Millionen Stück 5-Pfg.-Stücke. Alles in allem rollen jetzt schon reichlich eine Milliarde Stück mehr als vorher jemals seit Bestehen des Reiches ausgegeben waren. Auf den Kopf der Bevölkerung sind 30 Stück Kleinmünzen im Verkehr. Nach einem Reichsratsbeschluss vom Monat August werden bis Ende des nächsten Jahres die Zahl der umlaufenden Kleinmünzen auf insgesamt 3 Milliarden Stück gleich 50 Stück auf den Kopf der Bevölkerung steigen.

Wenn trotz der beträchtlichen Münzprägungen sich noch immer Notgeld im Verkehr befindet, und von Gemeinden usw. ausgegeben wird, so findet diese Notgelddausgabe nach der Meinung der Regierung in dem Gesagten keine Begründung. Die Gemeinden und andere Stellen geben viel mehr Notgeld aus, um sich unter Ausnutzung des Sammelers reichliche Einnahmequellen zu erschließen. Einer solchen mißbräuchlichen Verwendung von Gelderzeugnissen will die Reichsregierung entgegenzutreten, es soll in kürzester Frist ein reichsrechtliches Verbot der Ausgabe von Notgeld herabgebracht werden. Für die Prägung von 1-Mark-Stücken und größeren Münzen sind vorbereitende Schritte getan. Auf Grund eines Wettbewerbes ist einer der Künstler mit der Ausgestaltung der Münzen beauftragt worden. Welches Münzmetall genommen wird, ist noch nicht entschieden.

Festzug oder Gefangenentransport?

Am Sonntag, dem 9. Oktober, sollte in Merden, Kreis Jherlohn, eine Jahresfeier der dortigen militärischen Vereinigung nebst dazugehörigem Festzug durch die Stadt erfolgen. Einige Tage vorher durchlief das Gerücht die Stadt, der Festzug sollte von den Arbeiterparteien gesprengt werden. Da die hohe Behörde hierüber in Sorge geriet, bat sie unsere Parteigenossen zu einer Sitzung, als deren Ergebnis die Kriegervereiner zusagten, jede Provokation zu unterlassen, wofür unsere Genossen versprachen, keine Gegendemonstration einzuberufen.

Nachmittags um 3 Uhr wurde es plötzlich lebendig in der Stadt, und die Schupo rückte heran. Es erschien ein Lastauto mit 40 bis 50 Mann und besetzte den Balkon des Rathauses. Unter dem Schutz der Polizei nahmen die Vereiner auf dem Marktplatz Aufstellung. Bevor sich der Festzug in Bewegung setzte, erschall das Kommando: **L a d e n u n d s i c h e r n !** An der Spitze des Zuges ritten Landjäger mit umgehängten Karabinern. Es folgte die erste Fahne, die ebenfalls bewaffnet war, und an den Seiten des Zuges wie am Schluß waren gleichfalls bewaffnete Mannschaften, so daß der „Festzug“ eher einem Gefangenentransport ähnelte. Daß über diese lächerliche Demonstration in der ganzen Stadt gewaltige Heiterkeit entstand, bedarf kaum besonderer Erwähnung. Man werden wohl unsere braven Spießer einsehen, daß sie sich durch derartige Schilddrüsenstreiche zum allgemeinen Gespött machen?

Neugründungen, 9,3 Milliarden für Kapitalerhöhungen und 3,8 Milliarden für festverzinsliche Emissionen beantragt wurden. Diese enormen Anforderungen an den Kapitalmarkt und ihre glatte Befriedigung liefern den Beweis welche ungeheuren Summen heute die Unternehmungen für Kapitalneubildungen aufbringen können.

Seit Wochen ist von einer sehr einflussreichen Finanz- und Industrie-Gruppe ein ganz systematischer Vorstoß unternommen worden, die Reichsregierung in Privatbetrieb überzuführen. Für diese Bestrebungen wird geltend gemacht, daß die großen Zuschüsse, die heute die Eisenbahnverwaltung erfordert, in einem Privatbetrieb unmöglich seien. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage. Wir haben gegenwärtig in Deutschland neben den Staats-eisenbahnen noch ein ziemlich umfangreiches Netz von Kleinbahnen, die sich in privatem Besitz befinden. Alle diese Unternehmungen sind wohl reiflos als notleidende zu bezeichnen. Es ist ihnen nicht möglich, ihre Betriebe auf eine gesunde Grundlage zu stellen, und wiederholt ist die Reichsregierung darum angegangen worden, diese Unternehmungen finanziell zu unterstützen. Mit Recht macht der Staatssekretär Stielor vom Reichsverkehrsamt in einem Berliner Blatt darauf aufmerksam, daß trotz der unangenehm fühlbaren Erhöhung der Eisenbahntarife dennoch diese Steigerung gegenüber der Kohle, und es kann hinzugefügt werden, auch des Eisens und aller anderen Bedarfsartikel, noch eine geringe ist. Der Tarif für den Personenverkehr ist in Prozenten erhöht worden für die 1. Klasse um 986 v. H., 2. Klasse 839 v. H., 3. und 4. Klasse 745 v. H. Der Güterverkehr weist eine Steigerung auf von rund 1200 v. H. Dagegen ist der Preis der Kohle und des Eisens um 2000 v. H. und darüber gestiegen. Staatssekretär Stielor weist darauf hin, daß eine privatwirtschaftlich geleitete Eisenbahnverwaltung sicher ihre Tarife viel stärker erhöht haben würde als es die Reichsregierung getan hat. Er bemerkt dazu zutreffend, es sei nicht bekannt, daß die Kohlenproduzenten sich in der Preiserhöhung Schranken auferlegt hätten. Daneben spielt die Leistungsfähigkeit des Personals im Betriebe eine Rolle. Auch hier wird hervorgehoben, daß ja die Leistungen eines Bergarbeiters im Ruhrgebiet heute nur 1/4 der Vorkriegszeit betragen. Niemand macht den Zechenbesitzern einen Vorwurf daraus, daß es ihnen nicht gelungen ist, die Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter zu erhöhen, aber anders urteilt man in dieser Beziehung über die Eisenbahnverwaltung. Was man der Privatindustrie, nicht aber ohne weiteres der Eisenbahnverwaltung zu billigt, ist die Erhöhung der Preise nach Maßgabe der Gestehungskosten. Die Abwehr ist sehr zutreffend, aber auch politisch wäre es für die Sozialdemokratie eine eigenartige Situation, wenn sie in der Regierung, die den Zusammenschluß der deutschen Eisenbahnen vollzogen hat, daran mitwirken sollte, nunmehr diese Unternehmungen der kapitalistischen Ausbeutung zu überweisen. Jeder Versuch nach der Richtung hin muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Volkswirtschaft.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Ernte an Brotgetreide. — Unsere Ernährungsbasis sehr ungünstig. — Rückgang in der Einfuhr nicht dringender Bedarfsartikel. — Ansprüche an den Kapitalmarkt. — Ueberführung der Eisenbahnen in die Privatwirtschaft.

Die Versorgung des heimischen Marktes mit Brotgetreide vollzieht sich in diesem Jahre unter verhältnismäßig günstigen Umständen. Die Ernteschätzung ergibt, da hmit einem Ertrag von Brotgetreide von 9,4 Millionen Tonnen gerechnet werden kann gegenüber 7,4 Millionen Tonnen im Vorjahre. Auch der Ertrag an Futtermitteln ist insgesamt gegenüber dem Vorjahr erheblich höher. Man schätzt mit einem Ertrag von 8,7 Millionen Tonnen gegenüber 5,9 Millionen Tonnen im Jahre vorher.

Unter diesen vorteilhaften Erntergebnissen haben wir zunächst die stürmische Preisaufwärtsbewegung in Weizen sehr dämpfen können, und erfreulicherweise ist zu konstatieren, daß während vor einigen Monaten noch der Inlandspreis über die Auslandsnotierung hinausging, jetzt umgekehrt eine ziemlich erhebliche Differenz zu unseren Gunsten zwischen Inlands- und Auslandsmarkt vorhanden ist.

Die Reichsgetreidestelle kann berichten, daß sie die erste Quote der Zwangsablieferung ohne besondere Schwierigkeiten hereinbekommen hat, und die Hoffnung besteht, daß auch der Rest gedeckt werden kann. Wir würden damit aus der Zwangsablieferung die 2,5 Millionen Tonnen hereinbekommen, müßten allerdings zur Deckung des Brotverbrauchs noch weitere 2 Millionen Tonnen hereinholen. Es ist das der Teil unseres Brotverbrauchs, der uns durch die Brotkarte sichergestellt werden soll. Die Zusammenstellung des Ernteertrages und des Verbrauchs ergibt, wenn man die Ausaat und den Mehrverbrauch in der Landwirtschaft berücksichtigt, daß es möglich sein müßte, den Anteil, der durch die Zwangsbewirtschaftung der Bevölkerung zugewiesen wird, aus dem inländischen Ertrag zu decken. Es fragt sich nun, ob die Reichsgetreidestelle diesen Weg beschreitet, oder ob sie sich schematisch an ihre Aufgabe hält, im Ausland das Getreide einzukaufen zur Deckung des inländischen Bedarfs. Im Hinblick auf die relativ gute Ernte zeigt sich zunächst, wie verfehlt der Beschluß des Reichsrats war, der auf Anregung der bayerischen Regierung gefaßt wurde, die Zwangsumlage von Brotgetreide von 3 1/2 Millionen Tonnen um 1 Million zu kürzen. Die Regierung hatte in ihrer Vorlage die Anforderung von 3,5 Millionen gestellt. Sie wäre bei der Erfüllung dieses Anspruchs nur zur Deckung eines Fehlbetrages von 1 Million genötigt. Das Einbringen dieses Fehlbetrages im Ausland wäre natürlich dann zur Hälfte des Gebäuwandtes möglich, zu dem es gegenwärtig geschieht. Zu berücksichtigen ist dabei, daß im laufenden Etat noch immer 3,27 Milliarden Mark zur Senkung der Brotpreise eingestellt sind. Dieser Betrag würde sich nun erheblich mindern, wenn Deckung und Aufkauf des Bedarfs aus der heimischen Ernte erfolgte. Allerdings, wenn die Reichsgetreidestelle sofort mit größeren Einkäufen an dem Markt gelangt, wäre eine Preisaufwärtsbewegung zu befürchten, die natürlich einen günstigen Abschluß auf dem inländischen Markt zunichte macht. Immerhin würde es sich empfehlen, daß die Reichsgetreidestelle nach und nach mit Einkäufen vorgeht, um doch einen Teil des Fehlbetrages aus der inländischen Ernte zu decken.

Wie stark unsere Bedarfsdeckung von den wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom Auslandsmarkt abhängig ist, dafür bieten folgende Zahlen aus der Außenhandelsstatistik für das Jahr 1920 ein lehrreiches Beispiel.

Der Einfuhrüberschuß im Jahre 1913 im Vergleich zu 1920. (Hier ist die Ausfuhr von der Gesamteinfuhr abgezogen.)

	1920	1913
Brotgetreide	1 067 172 To.	917 831 To.
Hilfsfrüchte	176 048 To.	245 354 To.
Kartoffeln	673 000 To.	50 000 To.
Futtermittel	870 024 To.	8 016 176 To.
	2 786 244 To.	9 229 361 To.

Die Gegenüberstellung zeigt noch das Unzulängliche unserer Ernährungsbasis. Wir müssen bei dem Vergleich allerdings in Anbetracht bringen, daß durch die Kostrennung erheblicher deutscher Gebietsteile das Versorgungsgebiet kleiner geworden ist. Dagegen haben wir durch den Verlust von Posen und Westpreußen bedeutende Produktionsstätten, die Ueberflüsse abwarfen, verloren. Aber das Defizit an Hülsenfrüchten und Futtermitteln ist sehr erheblich. Anders gestaltet sich die Kartoffeleinfuhr, sie weist eine starke Zunahme auf, wie auch die Einfuhr an Brotgetreide höher ist als im Jahre 1913. Der Mangel an Futtermitteln wird zu einem Teil ausgeglichen durch vermehrten Anbau und Ertrag im Inland, ohne daß anzunehmen ist, daß das noch sehr erhebliche Manko gedeckt werden kann. Es bleibt für unsere Viehhaltung das Fehlen der Einfuhr aus den östlichen europäischen Gebieten sehr fühlbar.

Weniger günstig als die Ernteschätzung des Brotgetreides gestaltet sich die für Kartoffeln; zwar sind die anfänglich sehr trüblichen Aussichten gegenüber einer etwas günstigeren Wertung zurückgetreten. Nach amtlichen Ernteschätzungen nimmt man an, daß ungefähr 80 Prozent der Ernte des Vorjahres in diesem Jahre erreicht wird. Das würde bedeuten, daß wir mit einer erheblichen Einfuhr von Kartoffeln zu rechnen hätten, wenn in gleicher Weise die Versorgung wie im Vorjahr stattfinden soll.

Die Marktlage für Kartoffeln gestaltet sich in den letzten Wochen besonders ungünstig. Die Preise treiben andauernd in die Höhe, so daß wir an einigen Orten bereits mit 60 Mark für den Zentner Kartoffeln ab Verladestation zu rechnen haben. Es ist zu befürchten, daß im Winter die Preise noch weiter ansteigen. Es braucht nicht betont zu werden, wie schwer eine Preissteigerung für Kartoffeln die minderbemittelte Bevölkerung treffen muß.

Ersehen wir aus der Gegenüberstellung der Warenmengen in der Einfuhr notwendiger Bedarfsartikel, welche Veränderungen in der Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung sich vollziehen, so dürften einige Ergänzungen über die Gestaltung der Einfuhr solcher Nahrungsmittel, die wir nicht gerade als die unbedingt notwendigen bezeichnen, oder die wegen ihrer Preislage nicht gerade ein Konsumartikel der großen Masse sind, das Bild vervollständigen. Stellen wir die Einfuhr von frischem Obst, Dörrobst u. Obstzubereitung, Süßfrüchten, Eiern, Kolonialwaren, Milch und Butter in der Einfuhr 1920 in Vergleich zu 1913, so ergibt sich folgendes:

Es betrug der Einfuhrüberschuß

	1920	1913
Frisches Obst	95 804 To.	545 661 To.
Dörrobst, Obstzubereitung	16 646 To.	59 320 To.
Süßfrüchte	88 886 To.	318 996 To.
Kolonialwaren	241 981 To.	544 732 To.
Eier, Eigelb	4 654 To.	171 654 To.
Milch	31 688 To.	52 221 To.
Butter, Käse	30 377 To.	79 504 To.
	310 036 To.	1 772 088 To.

Diese Zahlen lassen erkennen, wie stark die Einfuhr von nicht unbedingt notwendigen Nahrungs- und Genussmitteln unterdrückt wurde. Hierzu gehören die vier ersten Warengruppen. Vielfach wird behauptet, daß die Einfuhr dieser Waren in viel zu großem Umfang erfolgt, und mancher oberflächliche Beobachter kam wohl zu der Auffassung, daß wir nicht weniger, sondern sogar mehr an Süßfrüchten, Kolonialwaren und ähnlichen Artikeln einführten. Wie die Gegenüberstellung ergibt, ist diese Annahme unrichtig, wir haben eine starke Minderung bei der Einfuhr aller dieser Produkte zu verzeichnen.

Die Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, veranlaßt durch Neugründungen oder Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften, zeigt für den Monat September wieder eine Aufwärtsbewegung. Während im August die Anforderungen sich auf 1,2 Milliarden belaufen, stieg der Bedarf im September auf 1,5 Milliarden Mark; in den ersten drei Quartalen ist eine Aufwendung von 15,8 Milliarden zu verzeichnen, die sich so verteilt, daß 2,7 Milliarden für

Viehmärkte.

Ham burg, 13. Oktober.

Rindermarkt.

Auftrieb: 3807.	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
Handel: ruhig.	
1. Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, 1. Qualität	710—800
b) junge, fleischige, 2. Qualität	600—700
c) mäßig genährte, 3. Qualität	500—600
2. Bullen:	
a) vollfleischige, höchste Schlachtw., 1. Qualität	600—700
b) gut genährte, 2. Qualität	500—600
c) mäßig genährte, 3. Qualität	400—500
3. Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, 1. Qualität	710—800
b) junge, fleischige, 2. Qualität	600—700
c) mäßig genährte, 3. Qualität	500—600
4. Doppellender (Ochsen und Färsen):	800—900
5. Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	700—800
b) ältere, ausgemästete	600—700
c) mäßig genährte	450—550
d) gering genährte	250—375

Schafmarkt.

Auftrieb: 3940	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
Handel: ruhig.	
1. Stallmastische:	
a) Mastlamm u. j. Masthummel, 1. Qualität	—
b) ältere Masthummel, Mastlamm, 2. Qualität	—
c) mäßig genährte Hammel, 3. Qualität	—
2. Weidemaftische:	
a) Mastlamm, junge Masthummel, 1. Qualität	540—600
b) geringe Mastlamm und Schafe, 2. Qualität	450—510
c) mäßig genährte Hammel und Schafe, 3. Qualität	260—400

Devisen-Kurse.

Berlin, 13. Oktober. Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	19. Okt.	12. Okt.
Amsterdam	100 fl.	4635.35
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1014.95
Kristiania	100 Kr.	1688.30
Kopenhagen	100 Kr.	2627.35
Stockholm	100 Kr.	3196.80
Helsingfors	100 finn. Mk.	209.75
Rom	100 Lire	544.45
London	1 £	537.95
New York	1 Doll.	139.73 1/2
Paris	100 Frs.	1028.95
Zürich	100 Frs.	2677.30
Madrid	100 Pesetas	1883.10
Wien	100 K.	6.78
Budapest	100 K.	20.72
Prag	100 K.	146.85

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 14. Oktober 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsart	Fahrzeit
					Lage
					Städ.
D.		Kanate	Busch	Meaburg	5
S.		Utor	Olson	Rudhögging	5
S.		Iduna	Rohb	Hobso	6
S.		Dorothea	Grotthmann	Hadersleben	4
S.		Ragnar	Carlsson		2
S.		Ohlbe	Niemann	Lesel	1
S.		Marie Hedwig	Leug	Danzig	9

Angelommen am 15. Oktober 1921.

D.	Mauren	v. Pein	Emden	2
----	--------	---------	-------	---

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Heiligenhafen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schütz; für Inhaber Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Delze

sind zirka
40% billiger
als im Vorjahre, die
Preise für Pelztiere sind
schon wieder im Stei-
gen begriffen.

Kaufen Sie daher
rechtzeitig.
Ich biete an große
Posten

**Skunks-Zobel,
Palagonia-Kanin,
große Fuchsform**
Mk. 145.—
Alaska-Füchse
Mk. 375.—

sowie alle anderen Pelz-
arten. (7788)

Spezialität:
Feinste Natur-Skunks.
Reparaturen jetzt noch
schnell u. preiswert.
Kostenanschläge be-
reitwilligst.

**Pelzhaus Friedrich
Zimmermann**
Königsstraße 24,
Ecke Pfaffenstraße.

Metallbetten. (7789)
Stahlmatraz., Kinderbetten,
ditto a. Private, Pat. 48 U frei.
Eisenmöb.-Fabr. Suhl i. Th.

**Fußboden-
Glanzacköl**
per Pfund nur 10 Mt.

Delfarben

Reichfertig und trocken
Lacke - Pinsel
Bürstenwaren (7790)

Ferd. Kayser

Meisterstücke

in fertiger Herren- und Knabenkleidung
= für den Herbst und Winter =

Trotzdem eine Preissteigerung allgemein eingetreten ist,
finden Sie noch keine teuren Preise bei uns, weil wir
in günstigster Zeit abgeschlossen haben.

Für eleganten, schweren und weiten Herren- **Schlüpfer** Mt. 600.— 850.— 1175.—

Für vornehmen, hellen und auch dunklen **Rod-Paletot** Mt. 975.— 1150.— 1400.—

Für soliden, dunklen, schwer. u. halbshw. **Paletot** Mt. 480.— 675.— 900.—

Für sehr eleganten blau u. farbigen Herbst- **Anzug** Mt. 490.— 780.— 1150.—

Flotte und solide Anzüge, **Knaben** Mt. 95.— 190.— 325.—
Pyjacks und Schlüpfer für



Spille & v. Lüthmann

Lübeck's größtes Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Kleidung. (7784)

Blüschgarnitur 1250 Mt.
Schlammmer 2800 Mt.
Schlafzimmer 2000 Mt.
Kompl. Küchen 825 Mt.
sowie Einelmöbel billig.
E. Stlwe. Böttcherstr. 10 (7769)

Arbeiter!

Herren-, Füllungs-, Knaben-Anzüge, Arbeitsjosen, Kragen u. Genden fauft ihr billigst bei (7741)

Peter,
Glockengießerstr. 31.
Anzüge auf Zeitablung.

Gimerbier
Montag von 4 bis 6 Uhr.
7774 Brauerel Stamer.

Asthma

kann geheilt werden. Sprech-
stunden in Lübeck, Linden-
straße 3 a (Benktion Helms)
jeden Freitag von 10—1 Uhr.
Dr. med. Alberts,
Spezialarzt, Berlin S.W. 11.

**Patent-Matrasen,
Auflege-Matrasen,**
jed. Maß in kürz. Zeit.
Gebr. Hoff, Lübeck,
Untertrave 111/112 (7788)

+ Magerteit +

Schöne volle Kör-
performen durch
unser **„Neuro“ Kraftpulver**
in 6 bis 8 Wochen
bis 80 Pfund Zu-
nahme. Garant.
unschädlich. Verzüglich emp-
fohlen. Streng reell! Viele
Dankschreiben. Preis Karton
mit Gebr.-Anw. Mt. 15.—
Postanweif. od. Nachnahme.

Adler-Apotheke,
Lübeck, Obere Mengstr. 10.

**Schlafzimmer,
Küchen, Korbmöbel**
in großer Auswahl.
Zwanglose Beschäftigung
erbeten. (7740)
Fischstraße 21.

Für den Winter

kaufen Sie (7737)
Kachelöfen — eiserne Öfen

günstig im
Ofen-Spezial-Geschäft

Adolf Borgfeldt

Inh. Hermann Kubil
Mühlenstraße 36—44. Fernruf 672.

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geehrten Publikum, ganz besonders der organisierten Arbeiterschaft
Lübeck's zur Kenntnisnahme, daß der vom Ortsausschuß Lübeck eingerichtete

Herren-Frisier-Galon

im Gewerkschaftshaus,
Johannisstraße 50—52

heute eröffnet ist. Wir bitten um regen Zuspruch und sichern eine saubere
und angenehme Bedienung zu. (7788)

J. A.: Herm. Koop.

Sozialdemokratischer Verein

Lübeck.

Montag, den 17. Oktober
abends 7 1/2 Uhr

Versammlung der tätigen Genossen

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Die Bürgerchaftswahlen.

Gehören Pflicht.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches und
der Legitimationskarte. (7691) Der Vorstand.

Verein der Bestattungs-Übernehmer

e. V. zu Lübeck.

Die dem Verein angeschlossenen Mitglieder
empfehlen sich zur (7724)

Übernahme von Erd- u. Feuerbestattungen sowie Überführungen von und nach auswärts.

Gebr. Müter, Mühlstr. 13, Fernr. 427.
C. Weiß, Schwarzenb. Allee 193, Fernr. 987.
F. Barby, Hüstr. 117, Fernr. 816.
G. Behneck, Warendorferstr. 4, Fernr. 285.
A. Brodersen & Sohn, Argidienstr. 7, F. 1992.
W. Festerling, Hanstr. 57, Fernr. 1583.
H. Grimm, Wickelstr. 49, Fernr. 1421.
C. Thießen & Sohn, Wakenstr. 79, Fernr. 1143.

Ausschneiden!
Brief-, Aushildungskurse f.
Maurer und Zimmerer
als Holzer, Zeichner, Beton-
meister. Lehrpläne kostenfrei.
G. Drescher, Bauführer,
Goldschmieden, Poststr. 112a.
(7785)

Ad. Hüner Uhrmacher
Fünfhausen 13
Uhren- u. Goldwarenhdg.
u. Reparaturwerkstatt (7730)

**Rheuma, Gicht,
Ischias, Gliederreizen, Neu-
ralgie (Nervenschmerzen).**
Kostenlos teile ich gerne
mit, wie tausende Patienten
durch ein einfaches Mittel in
kurzer Zeit Heilung fanden.
Frankenburger Agnes,
Wiesbaden B 119. (7742)

Der erschien! Vorwärts- Kalender 1922

in Tiefdruck, reich
illustriert, zum Preise
von Mk. 4.—

Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46.

Samstagsdienst (7725)
Dr. Pflüger, Marktstr. 13.
Dr. Eckenmann, Marktstr. 33.
Tel. Nr. 1222, 1101-1102

Rudolf Kinau kommt!

(7778)

Schwarz-rot-goldene
**Gleifen
und Fahnen**
aller Art liefert zu Fabrikpreisen

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

„**Wurf**“ ist ein gutes und
billiges
Seifenpulver
frei von schädlichen
Bestandteilen.

Das Pfund-Paket 3.50 Mk. - Ueberall erhältlich!
Herst.: Wasch- u. Reinigungsmittel-Fabrik Lübeck
Kontor: Mühlstraße 21. (7735) Fernspr. 3295

ES IST NICHTS NEUES
daß mein Diana-Glanz-Lacköl den höchsten
Anforderungen jeder Hausfrau entspricht.
Paul Stammer, Diana-Drogerie, (7910)
Glandorp, Ecke Warendorpstraße.

Provinzialbank

für den Landesteil Lübeck in Eutin.

Oeffentliche Bankanstalt.

Fernsprecher Nr. 233. (7744)

Errichtung von Scheck-Konten.
Annahme von Spareinlagen.
Gewährung von Krediten.
An- u. Verkauf von Wertpapieren.

Betr. Artikel

„Von unseren wahren Freunden“
in der Nummer 239 des Lüb. Volksboten
vom Mittwoch, dem 12. Oktober 1921:

Die Blauen Bücher

Verlag Langewiesche, Königstein

Richter: Zur guten Einkehr.
Larsson: Das Haus in der Sonne.

Zu haben in der Buchhandlung

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.



Lübecker Opferwoche.

Abt. Handarbeitsausstellung.

Die bisher noch nicht abgeholtten Arbeiten
müssen bis spätestens Montag, den 17. Oktober
1921, Königstraße 19, gegen Vorzeigung der
Quittung in Empfang genommen werden. Bis
dahin nicht abgeholtte Arbeiten verfallen zu Gunsten
der Lübecker Opferwoche. (7801)

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 15. Oktober.

Wegen Lohn Differenzen ist in der ganzen Fischindustrie von Lübeck und Schlutup die Arbeitsniederlegung erfolgt. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf Beschäftigung in der Fischindustrie in Lübeck und Schlutup annehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen übt Solidarität.

Die hiesigen Elektro-Monteurs befinden sich seit dem 6. Oktober im Streik. Zuzug ist streng fernzuhalten.

„Mit Eichenlaub und Schwertern . . .“

Laut amtlicher Bekanntmachung ist am 13. Oktober in das Vereinsregister des Amtsgerichts Lübeck der Teja-Bund eingetragen worden.

Heil uns! Trotz der trüben Stunden
Haben wir zur Freude Grund!
Endlich hat er uns gefunden,
Zu uns kam der Teja-Bund.

Alles, alles muß sich wenden,
Freude kehrt in manches Haus,
Teja teilt mit gültigen Händen
Seine reichen Gaben aus.

Zwar nicht bringt er uns zu essen,
Bringt nicht Kleidung uns und Schuh,
Sehr viel Schöneres indessen
Fliegt den Auserwählten zu.

Wer deutsch völkisch sich bewährte
Und Verdienste viel gewann,
Mit dem Eichenlaub und Schwertern
Hängt man ihm den Adler an.

Darum sollst du nicht verzagen,
Kamst auch arg du auf den Hund —
Denn in diesen trüben Tagen
Kam zu uns der Teja-Bund.

Otto.

Wucher mit Kartoffeln und Milch.

Es ist immer die alte Geschichte: Die Landwirte lassen das Volk lieber verhungern, als daß sie die Kartoffeln zu angemessener Preise verkaufen. Sie wollen Wucherpreise haben. Ihre Kassierer steigert sich von Tag zu Tag. Trotzdem anfangs landwirtschaftliche Organisationen mehrfach einen Preis von 30 bis 35 Mk. für ausreichend und schließlich 40 Mk. für „angemessen“ erklärt haben, fordern die Landwirte fortgesetzt höhere Preise. Waren ihnen erst die 40 Mk. nicht genug, so daß sie 50 Mk. forderten, so gehen sie in ihren Preisforderungen jetzt weit über 50 Mk. hinaus und nehmen 70 bis 80 Mk. In eiriger Zeit werden sie 90 bis 100 Mk. nehmen, wie in einzelnen Fällen schon geschieht. Demgegenüber steht fest, daß nach Ansicht der hannoverschen Landwirtschaftskammer die Erzeugungskosten für einen Zentner Kartoffeln 18 Mk. betragen, und die Landwirtschaftskammer hat diese Kosten sicher nicht zu niedrig angegeben. Wenn also die hannoversche Landwirtschaftskammer 18 Mk. als Selbstkostenpreis annimmt, so trifft zu, daß, wie wir immer gesagt haben, bei 30 Mk. pro Zentner die Landwirte gut verdienen, daß 40 Mk., wie das Wuchergericht zu Werden entschied, die äußerste

Grenze dessen ist, von wo ab der Wucher beginnt, und daß deshalb alle Preisforderungen über 40 Mk. als Wucher zu bezeichnen sind.

Mit wach raffinierten Mitteln die Agrarier arbeiten, ergab sich jetzt wieder bei Verhandlungen in Schwerin, wo Herr von Brandenstein erklärte, die Landwirte müßten sich an den Marktpreis halten, und könnten vielleicht eine gewisse Menge zu einem Preis abgeben, den die Landwirte nicht als Wucher betrachten. Der Pferdefuß schaut aber zu deutlich hervor. Den Marktpreis treiben die Agrarier durch Zurückhaltung der Kartoffeln in die Höhe. Sie brachten gar nichts auf den „Markt“ und die natürliche Folge war, daß Stadtverwaltungen, Fabrikleitungen und Großhändler sowie Private zu einem Wettrennen im Bieten der Preise veranlaßt wurden. Half alles nichts. Die Agrarier warteten. Sie konnten es sich ja leisten. Sie ließen die um die Eindeckung des notwendigsten Sättigungsmittels der breiten Masse besorgten Industriestädte usw. sich weiter überbieten. Das jeweilige höchste Angebot nennen die Herren dann einfach den „Marktpreis“. Was das Reich durch die 30-50prozentige Frachterleichterung zugab, steckten die Agrarier und Großhändler durch das Höchertreiben der Preise wieder in die Tasche.

Den gleichen Vorgang erleben wir bei der Milch und Butter. Auch hier wird das Volk nach allen Regeln der Kunst gerupft, nur deshalb, weil die Landwirte und Meiereien nicht genug verdienen können. Wie aus Schleswig-Holstein berichtet wird, sendet man seit Monaten Butter, Käse und pulverisierte Milch waggonweise nach dem Süden, der Westgrenze, und von Skappeln aus soll sogar pulverisierte Milch direkt nach Frankreich gelandt werden. Um des geheiligten Profits willen entblödet man sich nicht, der Heimat die notwendige Milch zu entziehen, die Preise in die Höhe zu treiben und zahlungsfähigere Käufer überreichlich mit Milch und Butter zu versehen. Nun will man auch, wie berichtet, in Eutin eine Milchkonservenfabrik errichten und der Bevölkerung das hiesige Milch entziehen. Es sieht aus, als ob wir diese wichtigste Nahrung im Ueberfluß hätten. Derweil stehen allerorten die Frauen und Kinder stundenlang herum, um etwas Milch zu erhalten. Aber die Herrschaften spekulieren anders. Sie lagen sich, bei dem sicheren Preisstettern können die meisten die Preise nicht mehr bezahlen und die zahlungsfähigen nicht alles verschlucken. Darum beuge vor. Sichere dir einen beschränkten Absatz für frische Ware, konserviere das andere und der Profit hohlet nimmer auf. Und alles das nennt sich deutsch, patriotisch und aufbauend. In Wirklichkeit sind es die Zertrümmerer Deutschlands.

Lohnverhandlungen im Schuhmachergewerbe. Seit dem 1. Februar d. J. besteht für Nordwestdeutschland ein Bezirksarbeitsvertrag im Schuhmachergewerbe. Zur Ueberwachung, Erhaltung und Auslegung der Bestimmungen dieses Vertrages, sowie zu endgültigen Entscheidungen bei tariflichen Streitigkeiten ist durch die vertragsschließenden Parteien eine Bezirksarbeitskommission gebildet. Eine Sitzung derselben fand nun am 17. September statt. Der Vorsitzende des niedersächsischen Innungsverbandes verlangte, daß, bevor über die Gewährung einer Teuerungszulage verhandelt werde, der letzte Punkt der Tagesordnung, Verlegung von Hannover nach der 1. in die 2. Ortsklasse beraten werde. Bei dieser Aussprache forderten die Arbeitgebervertreter, daß der Beschluß der Bezirksarbeitskommission vom 25. April, wo Bremen und Hannover in die 1. Ortsklasse versetzt worden sind, wieder aufgehoben werde. Unsererseits wurde dieses Ansinnen abgelehnt. Denn wo sollte es hinführen, wenn man einmal gefasste Beschlüsse, wenn sie einer Partei nicht genehm sind, wieder aufheben würde? Wir waren uns darüber klar, daß es damit unmöglich würde, eine gleichzeitige Teuerungszulage zu erhalten.

Hiernach waren sämtliche Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft, und es wurde von unserer Organisation beschlossen, örtlich an die einzelnen Innungen um Gewährung einer Teuerungszulage heranzutreten, was auch seitens der hiesigen Zahlstelle geschehen ist. In der Sitzung der örtlichen Tarifkommission am 7. d. M. wurde eine 25prozentige Teuerungszulage ab 14. d. M. auf den Grundlohn des Vertrages gewährt. Wenn auch nicht dem Wünsche der Kollegen voll entsprochen wurde, so bedeutet dieses Zugeständnis doch eine kleine Erleichterung im Kampfe ums Dasein, so daß der Mindestlohn für männliche Arbeiter über 20 Jahre 7 Mk., unter 20 Jahre 6,22 Mk., für weibliche über 20 Jahre 4,38 Mk., unter 20 Jahre 4,38 Mk. beträgt.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschland
Zahlstelle Lübeck.

Lübecker Schiffsverkehr im September.

(Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes.)

A. Seeschiffsverkehr. Im Hafen sind 142 Dampfer, 96 Segler und 9 Seeleichter, zusammen 247 (1920: 264) Handelsschiffe mit 37 607 (42 540) Reg.-To. Raumgehalt angekommen und 146 Dampfer, 80 Segler und 8 Seeleichter, zusammen 234 (260) Handelsschiffe mit 36 260 (42 947) Reg.-To. Raumgehalt abgegangen. Beladen waren einkommend 120 Schiffe oder 48,7 Prozent (67,0 Proz.) und ausgehend 190 Schiffe oder 81,2 Proz. (71,9 Proz.). Von den 481 Fahrten aller ein- und ausgehenden Schiffe kamen auf deutsche Häfen 82, auf Häfen des Baltikum 6, auf finnische Häfen 68, auf schwedische 136, auf norwegische 11, auf dänische 155, auf niederländische 2, auf englische 2 Schiffe, auf memelische und belgische Häfen je 1 Schiff und auf die Hochseefischerei 17 Schiffe. Dem Tornegehalt nach entfielen auf inländische Häfen 12 985, auf memelische 60, auf Häfen des Baltikums 673, auf finnische Häfen 18 793, auf schwedische 22 462, auf norwegische 2895, auf dänische 11 913, auf niederländische 844, auf englische 1184, auf belgische Häfen 892 und auf die Hochseefischerei 1666 Reg.-To. Die deutsche Flagge führten 264 Schiffe, die normals russische 2, die finnische 57, die schwedische 86, die norwegische 3, die dänische 65, die niederländische 2 Schiffe, die memelische und die Danziger je 1 Schiff. Die eingebrachten Gütermengen beliefen sich auf 25 864 und die ausgeführten auf 34 233 Tonnen. Eingeführt wurden 6361 To. Brennmaterialien, 2018 Tonnen Erze, 8492 To. Holz, 805 To. Getreide und Futtermittel, 287 To. Eisen, 281 To. Baustoffe und 7120 To. andere Waren, ausgeführt dagegen 4451 To. Brennmaterialien, 3041 To. Eisen, 5206 To. Baustoffe, 4695 To. Holzmasse und Papier, 2459 To. Salz, 2550 To. Düngstoffe und 11 831 To. andere Waren. Von der Gesamtladung kamen auf Deutschland 11 208, Memel 33, Baltikum 1100, Finnland 20 751, Schweden 17 876, Norwegen 1946, Dänemark 5994, Belgien 510 und die Hochseefischerei 179 To.

B. Binnenwasserfahrtsverkehr. Auf der Trave und auf dem Elbe-Trave-Kanal verkehrten 212 (273) Schiffe mit einer Tragfähigkeit von 67 897 (82 145) Tonnen, die 12 779 (25 611) Tonnen Güter herbrachten und 1862 (4178) Tonnen Güter mitnahmen. Beladen waren einkommend 103 Schiffe oder 97,0 Proz. (87,3 Proz.), ausgehend 29 oder 27,3 Proz. (25,2 Proz.). Eingeführt wurden 3263 To. Nahrungs- und Genussmittel, 2350 To. Getreide und Futtermittel, 2913 To. Brennmaterialien, 1292 To. Baumaterialien, 699 To. Düngstoffe. Die ausgeführten Güter bestanden in der Hauptsache aus Bau- und Kuchholz (433 To.), Nahrungs- und Genussmittel (341 To.), Baumaterialien (273 To.), Chemikalien und Drogen (261 To.).

Eine Protestversammlung, die von den Verbänden heimatreuer Oberflecker einberufen war, fand Freitag abend auf dem Klingenberg statt, um Protest gegen die vom Völkerverband geplante Teilung Oberschlesiens einzulegen. Genosse Göhr hatte das Referat übernommen. Er ging kurz auf die für Oberflecker in Betracht kommenden Bestimmungen des Friedensvertrages ein, vertrat auf die Abstimmung in Oberschlesien und forderte mit Recht, daß dieses Land ungeteilt bei dem Mutterlande Deutschland bleibe. Eine diesbezügliche Entschlieung, die telegraphisch an den Reichsminister, Reichstag und Völkerverband gefandt werden soll, fand von den zahlreich erschienenen einstimmig Annahme. Darauf bat Göhr von jeglicher weiteren Rundgebung Abstand zu nehmen und den Platz zu räumen. Man wolle un-

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

22. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

XVII.

Wenn der Mensch nicht alltäglich, hat auch jeder Tag seine Eigenart. Am Montag pflegte Anton kein Geld bei sich zu tragen. Es war dies kein Aberglaube, sondern eine Vorsichtsmaßregel. Durch dieses Vorhaben glaubte sich Anton für die übrigen Wochentage vor unnützen Ausgaben zu schützen. Ob diese Ansicht Torheit oder Vernunft zu nennen, war schwer zu sagen. Doch blieb es sich gleich. Andre Vorzüge bringen uns genau so oft ins Stolpern wie unsre Fehler.

Es ging auch Anton so. Gerade am Montag mußte es sein, daß man um die Mittagsstunde Fräulein Viola in der Gärtnerei begegnete.

Saphir trug die Schuld daran. Er hatte den Erdbeerplan noch nicht aufgegeben. Im Gegenteil. Es war ihm klar geworden, daß der Sommerdurst dieser Frucht Freude für die ganze Nachbarschaft bedeuten müsse. Zum Freudenmachen aber wäre man auf der Welt.

Fräulein Viola stand vor den geklohtenen Kürben, die der Dampfer gebracht. Marzipan, Linsen, Mimosen, alle Frühlingsgeschenke des Südens wurden in Haufen ausgepackt. Fräulein Viola blinnte so verklärt in die betäubend duftende Blütenpracht, daß es die einfachste Pflicht männlicher Höflichkeit verlangte, ihr einen Strauß davon zu überreichen.

Anton war gewiß kein Nachhänger hergebrachter Umgangsformen. Aber hier handelte es sich um das primitivste Zeichen von Bildung und Erziehung.

Doch auch Prinzipien haben ihre Berechtigung. Er selbst kaufte heute nichts. Er sah sich daher genötigt, mit Saphir zu klüffern, der sich unwillig erlaubt hatte, sich dem gnädigen Fräulein vorzustellen.

Saphir war immer gern bereit, dem Bruder eine Gefälligkeit zu erwiesen. Er sogerte auch hier keinen Augenblick. Er überreichte dem Fräulein den ganzen Inhalt eines Korbes, eingebettet in eine Lüne aus lila Seidenpapier.

„O, wie galant,“ rief das Fräulein. Zierte sich gar nicht, sondern freute sich nur.

Was Anton anerkennenswert fand. Immerhin schien es bei solchen weiblichen Wesen also doch einige gute Gefühle zu geben. Neben den vielen schlechten Instinkten.

Feinlich berührte Anton nur, daß die Erfreute ihn selbst des Blickes würdigte. Sie schien ihn für einen klugen Burschen zu halten, der nicht eine Blume für sie übrig gehabt. Es ist nicht immer dankbar, keinen Prinzipier treu zu bleiben.

Mit Saphir dagegen sprach das Fräulein von Erdbeeren, Sommer, Frühling, Blüte und Erdbeerträumen in schnellem Wirbel. Als man nun gemeinsam heimschritt. Das Fräulein zwischen den Brüdern. Im Arm die Blütenfülle.

Beim Abschied steckte sie Saphir eine weiße Marzipan in der Aufschlag seines Rockes. Und erzählte dabei von dem zauberischen Marzipanfest in Les Avants hoch über dem Genfer See, inmitten des Maimonats. Anton kannte dieses Fest. Hatte es einmal mitgefiebert. Damals, als er Manon kannte. Aber ihn verabschiedete Fräulein Viola nur mit einem Kopfnicken. Sie sagte, er wäre zu hoch, um geschmückt werden zu können.

Man muß darauf gefaßt sein, verbannt zu werden im menschlichen Verkehr. Anton wunderte sich nicht.

Mehr erstaunte ihn, daß sich am Mittag des nächsten Tages Saphir von ihm verabschiedete, wie wenn sie vollkommen andern Weg und andere Heimstätten hätten. Vergleichen war sonst nur geschehen um die Weihnachtszeit oder um die Nähe seines Geburtsortes.

Die Ursache war auch diesmal kein böser Wille. Es war nur das, daß Saphir dem Fräulein versprochen hatte, ihr auf der Höhe des Ganges einen Fernblick zu zeigen, der nur dem bekannt, der hier aufgewachsen. Da sie nichts von Anton's Begleitung erwartete, wollte Saphir nicht den Bruder damit belästigen.

Am Mittagsisch erzählte er davon. Er glaubte, Anton einen Gefallen erwiesen zu haben. Indem er allein eine nachbarliche Höflichkeitspflicht erfüllte, die Anton bei seinen Anschauungen über Bescheidenheit höchst unpopulär gewesen sein mußte. Im übrigen war der Weg vergeblich gewesen. Die Mittagsstunde hatte den Blick auf die fernen Firnen abgeblendet. Man würde genötigt sein, den Gang gegen Abend zu wiederholen. Anton sollte sich jedoch gar nicht in seinen gewohnten Dispositionen stören lassen.

Anton fand es unpassend, wenn das Fräulein zweimal am Tage mit einem einzelnen Herrn den gleichen Weg zurücklegte. Er wäre daher bereit mitzugehen. Um so mehr, da es seiner wie jedermanns Gesundheit nur zuträglich sein konnte, in dieser Jahreszeit ausgedehnte Spaziergänge zu unternehmen.

Saphir freute sich, wie mild die sanfte Witterung auf die Gemüter wirkte. Wenn andererseits er auch der Meinung war, daß man zu dreien schwerer ins Gespräch käme als zu zweien.

Das Fräulein zeigte keine Verwunderung, daß zwei Brüder Mögliche ihrer warteten, als es Feierabend geworden. Sie hatte schon erfahren, daß man beide die Unzertrennlichen nannte.

Wachte sie nur erst Bescheid hier um Weg und Steg, wollte sie den beiden gutmütigen Weiberfeinden gewiß nicht mehr lästig fallen. War doch alles nur Wespenspiel und Zeitvertreib. Bis eines Tages der kommen würde, von dem man sofort ohne Ueberlegung wissen würde, daß man mit ihm die ganze Lebensstraße zusammen wandern möchte. Möglich, von irgendwoher würde er einmal da sein. Kein alter Brummbar. Aber auch kein geschneigelter Weltgewandter mit abgerüstetem Herzen und verhäuselter Seele. Ein ganz Besonderer. Der plötzlich um die Ecke stiegen

würde. Gerade dieses Wegs hätte kommen müssen, weil es so bestimmt gewesen. Für ihn. Und für sie. Wann sollte man mehr daran glauben als jetzt im Frühling? Wo Millionen Blätter und Blüten aus unbekanntem Dunkel jubelnd aus Licht der Sonne kamen?

Mit dem Lächeln dieser holden Gedanken begrüßte Viola die beiden Brüder.

Ohne Eigendünkel glaubte sich Anton sagen zu können, daß sein unerwartetes Wiedereintreten nicht unangekündigt berührt habe. Eher ließ sich das Gegenteil annehmen. Das Fräulein war munterer Laune. Nicht nach albernem Art der Weiblichkeit. Sondern aus dem Gemüt heraus.

Man gelangte zur Höhe, gerade, als die Sonne aus den glitzernden Alpenhäuptern Riesentrübner zauberte. Ueber dem See flatterten schon die blauen Ränder der Dämmerung. Das Abendgelände zog mit ihnen über die Hüfte, weite Flut. Es war der Abend des ersten Mai.

Saphirs leuchtende Blicke durchschweigten feierliche Schönheit.

Auch Anton war angenehm berührt. Von dem hübschen Ausblick. Und auch von dem Fräulein. Weil es weder süß, noch reizend oder entzückend flüßerte oder schrie. Sondern sich schweigend der Betrachtung hingab. Sie schien wirklich eine räumliche Ausnahme ihres Geschlechtes zu sein. Ein besonderer Vorzug, wenn man die nahe Nachbarschaft bedachte. Durch die man, ohne es zu wollen, in häufige Verbindung geraten würde. Auch als die Sonne fort war, stieß Fräulein Viola keinen Seufzer aus oder jagte sonst eine wehmütige Sentenz über diesen höchst natürlichen Vorgang.

Dagegen begann sie wunderhübsch zu erzählen von Maimonatsbräutigam dort in den Alpen, die sie durch ihre vielen Reisen in Erfahrung gebracht.

Heute, am ersten Mai, wurden dort wieder die Weidenplähe für das Jahr verteilt und dazu der Maimonatsgeproben. Beim ersten Sonnenstrahl, den man an diesem Tage für mit besonderem Segen begabt hielt, versammelte man sich auf der höchsten Höhe. Man segnete die Alm, das Vieh, die Luft, das Wasser, den Regen und den Sonnenschein, das Haus, den Herd, die Neben am Hang, die Früchte im Tal, die Jagd am Giecherrand, den Fißig im See.

In solch hübsche Erzählung knüpfte sich von selbst der eine oder der andere freundliche Gedanke.

Saphir beobachtete bei sich, daß man auch jede Uhr segnen sollte, ehe sie einem ganzen Lebensweg gute und böse Stunden anzugeiger begänne.

Da sprach Anton das gleiche aus. Er sagte, es wäre kein häßlicher Gedanke, sich vorzustellen, daß man auch in das eilende Räderwerk der Uhren einen guten Segen stecken könnte. Einen Segen für die Sekunden, Minuten, die Stunden, die Tage, die Wochen, Monate und Jahre, die sich daraus formten, ungehemmt, pünktlich. Gleich, welchen Takt das Herz dazu schlug. Das Anzieren seiner Stimme war in Heftigkeit umgeschlagen. Denn sie war so lange Rede nicht geübt. (Fortsetzung folgt.)

bestimmt um die politischen Anschauungen der einzelnen ören allgemeinen wichtigen Protest gegen das Oberflächlichste drohende Unrecht voranzutreiben. Raum hatte Göhr die Worte ausgesprochen, so trat der Kommunist Frank auf dem Plan, um seine revolutionären Tiraden zu verkünden. Er wurde häufig unterbrochen und mußte schließlich seinen Platz auf der Terrasse des Hotels Stadt Hamburg räumen. Am Brummen auf dem Klingenberg setzte er seine Rede fort. Einige Jünglinge machten häufig nationalistische Zwischenrufe.

Zum Streit in der Fischbranche. Der Streit dauert jetzt bereits zwei Wochen, ohne daß ein greifbares Ergebnis zu verzeichnen ist. Die Tarifkommission hatte sich bekanntlich an das Reichsarbeitsministerium um dessen Vermittlung gewandt. Dieses hatte am letzten Montag auch einen Vertreter in der Person des Ministerialrats Dr. Wulf entsandt. Wenn nun von Seiten der Arbeiterschaft erwartet wurde, daß durch diese Vermittlung der Verhandlungsgang vor sich gehen würde, so hatte sie sich vollständig geirrt. Mit großen Tönen wurde auch hier von den Arbeitgebern eine Verhandlung abgelehnt, auf der Vorschlag des Herrn Dr. Wulf, einen Schlichtungsausschuß einzusetzen, wurde von den Arbeitgebern mit großer Entrüstung abgewehrt. Die Arbeitgeber erklärten, daß sie garnicht gezwungen werden könnten, einen vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß anzuerkennen. Danach handelten sie auch. Im Auftrage von Berlin war am gestrigen Tage ein Schlichtungsausschuß in Wlona zusammengetreten, um über diese Sache zu entscheiden. Die Unternehmer lehnten es ab, diesen anzuerkennen, und verließen auch demonstrativ das Sitzungslokal. Der Schlichtungsausschuß hat aber trotzdem getagt und hat auch einen diesbezüglichen Schiedsspruch gefällt, welcher heute auch den Arbeitgebern unterbreitet wird. Arbeiter und Arbeiterinnen, übt auch weiter Solidarität, seid auch weiter einig im Kampfe. In die Arbeiterschaft von Lübeck ergeht weiter die Bitte, keine Streikwarte zu kaufen. Die Tarifkommission.

Die neue Postverkuerung.

Der dem Reichstag vorzulegende neue Posttarif, der das Defizit mildern soll, will u. a. folgende Sätze einführen:
Brief Ortsverkehr bis 20 Gramm 75 Pf., über 20 bis 250 Gramm 1 Mt., Fernverkehr bis 20 Gramm 1 Mt., über 20 bis 100 Gramm 1,50 Mt., über 100 bis 250 Gramm 2 Mt., Dienstreife Briefe von Behörden über 250 bis 500 Gramm 3 Mt.; Postkarte Ortsverkehr 75 Pf., Fernverkehr 75 Pf.; Druckfächerkarte 25 Pf.; Druckfächer bis 50 Gramm 30 Pf., 50 bis 100 Gramm 50 Pf., 100 bis 250 Gramm 1 Mt., 250 bis 500 Gramm 2 Mt., 500 Gramm bis 1 Kilogramm 3 Mt.; Päckchen (bis 1 Kilogramm) 3 Mt.; Pakete Pakzettel bis 5 Kilogramm 4 Mt., 5 bis 10 Kilogramm 8 Mt., 10 bis 15 Kilogramm 14 Mt., 15 bis 20 Kilogramm 20 Mt., Fernzüge 6, 12, 22 30 Mt.; Einschreibgebühr 2 Pf.; Postanweisungen bis 50 Mt. 1 Mt., 50 bis 250 Mt. 2 Mt., 250 bis 500 Mt. 3 Mt., 500 bis 1000 Mt. 4 Mt., 1000 bis 1500 Mt. 5 Mt., 1500 bis 2000 Mt. 6 Mt.; Auslandsgebühren: Briefe bis 20 Gramm 2 Mt., jede weiteren 20 Gramm 1 Mt., Postkarten 1,20 Mt. und Druckfächer 40 Pf. für jede 50 Gramm.

Lebensversicherungen für Schwerbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministers sollen den Schwerbeschädigten und Kriegshinterbliebenen laufende Lebensversicherungen zu den Renten gewährt werden. Die Schwerbeschädigten erhalten monatlich 30 Mt., Schwerbeschädigte mit 70 und 80 Proz. Rente außerdem noch einen besonderen Zuschuß von 20 Mt., Schwerbeschädigte mit 90 und 100 Prozent Rente einen solchen von 45 monatlich. Außerdem erhalten sämtliche Schwerbeschädigte für jedes Ehepartner und jedem gleichgestellten Kind bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres eine besondere Zulage von 15 Mt. monatlich. Kriegswitwen erhalten 25 Mt., Kriegswaisen 15 Mt., Elternteil ebenfalls 15 Mt. monatlich. Kriegswitwen, die im Sinne des Reichsverjüngungsgesetzes erwerbsunfähig sind und nicht im Erwerbsleben stehen, erhalten außerdem einen besonderen Zuschuß von 25 Mt. monatlich. Mit der Auszahlung der Zuschüsse für die Kriegsbeschädigten und der besonderen Zulage von 25 Mt. für erwerbsfähige Kriegswitwen ist die Amtliche Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, Untertrave 104, beauftragt. Die allgemeinen Zuschüsse für Kriegshinterbliebene werden von der Rentenzentrale der Post gezahlt. Die Auszahlung der Beträge für August, September, Oktober und November durch die Hauptfürsorgestelle findet an die Empfangsberechtigten gegen Vorlegung ihrer Stammbuchnummer und ihrer Rentepapiere, für Kriegsbeschädigte auch der Geburtsurkunden der Kinder, in der Fürsorgestelle, Untertrave 104, nachmittags von 3-5½ Uhr statt für Personen, deren Name beginnt mit den Buchstaben A-F am Donnerstag, dem 20. Oktober, G-K am Freitag, dem 21. Oktober, L-N am Montag, dem 24. Oktober, O-S am Dienstag, dem 25. Oktober.

Die Burgtheater. Zu der Kritik in Nr. 240 des Lübecker Volksboten wird uns geschrieben: Es sind im ganzen rund 20 Karaden vorhanden, welche erst seit Ende September d. J. von den letzten Kranken geräumt wurden. Von diesen Karaden sind bis heute sechs vollständig frei, drei weitere werden in nächster Zeit geräumt. Alle anderen Karaden sind noch mit Materialen von ausgehenden Lazareten, sowie mit Sachen des hiesigen Lazarets vollgeladert. Die hier lagernden Gegenstände repräsentieren einen sehr hohen Wert. Im Interesse des Reiches liegt es, daß diese Werte sorgfältig bewahrt und an die betr. Stellen abgegeben werden. Es werden noch neun Arbeiter und ein Beamter auf dieser Abwärtungsstelle beschäftigt, die bis heute ihre Tätigkeit zum Nutzen des Reiches ausüben haben. Diese Abwärtungsstelle selbst hat vorbildlich gearbeitet.

Kampferkate im Gewerkschaftshaus. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat nunmehr im Gewerkschaftshaus einen modernen Kampferkate eingerichtet, um den aus dem Streit der Arbeiter auf der Seite der geschiedenen Geschäfte Beschäftigten zu verschaffen. Es liegt im Interesse der hier beschäftigten Arbeiter, daß er von der organisierten Arbeiterschaft eingeweihtes Geschäft erhalten bleibt. Den Unternehmern wird dadurch gezeigt, daß ihr Eigentum und ihr Herrschaftsanspruch an der Kraft und der Energie der organisierten Arbeiterschaft gebunden sind. Die Kampferkate wird von den Geschäften erhalten. Ihnen muß geholfen werden.

Schiffbrände aus Genua gerettet. Wir lesen in der Lübecker Zeitung: Eine brave Lat haben zwei mecklenburgische Seelente vollbracht. Am 1. Oktober geriet die Besatzung des Mecklenburger Seglers „Lucia“ bei Gotland-Nord ein tobendes Meer, auf dem sich zwei Schiffbrände befanden. Das Meer wies sich als desaströse des Lübecker Schiffes „Salaz“ aus. Die „Lucia“ machte ein Boot klar, um einen Versuch zur Bergung der Schiffbrüchigen zu unternehmen. Es herrschte fürchterliches Wetter, die See ging hoch und es machte große Schwierigkeiten, das Boot zu steuern. Es wurde mit dem Kapitän S. Opl und W. Ehrig als Kommande bezeichnet. Nach hartem Kampfe mit Wind und Wetter gelang es beiden Seelenten, aus dem Meer herauszukommen und die beiden Schiffbrüchigen, deren Hände und Füße erfroren waren, abzugeben und mit ihnen die „Lucia“ wieder zu erreichen. Bei der Schiffbrände haben der Schiffer der „Salaz“ und zwei Passagiere, darunter der Schiffsjunge, den Tod gefunden; der Schiffer Perinanda, der Schiffsjunge ist nach heftigen Kämpfen dem See und dem Rette zum Opfer gefallen. Die See war mit Eis und Wind bedeckt. Die beiden geretteten Schiffbrüchigen, die drei Tage lang von einem Taig-

licht gelebt hatten, fanden an Bord der „Lucia“ die liebevollste Aufnahme. Das Schiff ist in Rosta eingetroffen, von wo inzwischen nach hier schon ein Brief gelangt ist.

Was unser Geld auf der Post gilt. Für Postanweisungen aus Deutschland nach dem Auslande gelten jetzt folgende Einzahlungssätze: Belgien 100 Fr. = 1082 Mt., Dänemark 100 Kr. = 2486 Mt., Griechenland 100 Drach. = 700 Mt., Japan 100 Yen = 8416 Mt., Luxemburg 100 Fr. = 1057 Mt., Mexiko 100 Dollar = 13324 Mt., Niederlande 100 Gld. = 4706 Mt., Norwegen 100 Kr. = 1608 Mt., Oesterreich 100 Kr. = 7 Mt., Schweden 100 Kr. = 3020 Mt., Schweiz 100 Fr. = 2378 Mt., Spanien 100 Pes. = 1756 Mt., Tschecho-Slowakei 100 Kr. = 136 Mt., Ungarn 100 Kr. = 22 Mt., England 1 Pfund = 503 Mt. Nachnahmen sind überall zulässig, außer nach England, Griechenland, Mexiko, Oesterreich und Spanien, ebenso Postaufträge außer Japan.

Befristung und Streichung von Gesprächsanmeldungen im Ferngespräch. Bei der Anmeldung von Gesprächen ist jetzt eine „Befristung“ zugelassen. Es kann also bei der Anmeldung mit angegeben werden, daß die Gültigkeit zu einem bestimmten Zeitpunkt vorzeitig erlöschen soll. Ein solcher Antrag wird kostenfrei ausgeführt. Dasselbe ist der Fall, wenn jemand, der ein Gespräch anmeldet, gleichzeitig mitteilt, daß die Gesprächsanmeldung zu streichen sei, wenn sie innerhalb eines bestimmten in die Gültigkeitsdauer fallenden Zeitraums zur Ausführung an der Reihe wäre. Nicht anwendbar ist die Zurückstellung von Gesprächsanmeldungen auf bestimmte Zeiträume. Verlangt ein Teilnehmer, der ein Ferngespräch angemeldet hat, nachträglich dessen Streichung oder seine nachträgliche Befristung, oder ändert er nachträglich die Befristung, oder hebt er sie auf, so hat er hierfür eine Gebühr von 75 Pfg. zu entrichten.

Zahlen beweisen! Welche Unsumme von Elend und Krankheit durch die Geschlechtskrankheiten in unser Volk gebracht wird, das scheint wenigen Deutschen klar zu sein, sonst wäre der Kampf dagegen ein viel härterer. Das deutsche Volk ist zurzeit mit 30.000 Tsditen belastet, die zum größten Teil ihr trauriges Leben der Syphilis ihrer Eltern „verdanken“. Unter 100 Neugeborenen sind mindestens 3-4 Erbsyphilitische! Unter 100 Erkrankungsfällen sind 10 auf Syphilis zurückzuführen. Ein Drittel, wenn nicht die Hälfte aller Geschlechtskranken hat sich die Infektion in einer durch Alkoholgenuss „erhöhten“ Stimmung, also nachdem die sittlichen Hemmungen vom Alkohol überhäuft waren, ausgezogen.

Die Wirkung des Alkoholismus auf unsere Volksernährung. In der heutigen Zeit, wo Tausende unserer Volksgenossen mit ihren Familien Mangel an den allernotwendigsten Lebensmitteln leiden, die Beschäftigung aller derjenigen finden, die es mit dem Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft ernst meinen. Die in den Kriegsjahren etwas zurückgegangene Alkoholfrage ist erneut im Ansehung begriffen. Dieser Umstand hat die alkoholgegnerischen Bewegungen zu intensiver Aufklärungsarbeit über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Alkoholfrage auf den Plan gerufen. Innerhalb der Arbeiterschaft wird die Aufklärung besonders seitens des „Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes“, der die Frage vom sozialistischen Standpunkt behandelt, betrieben. Auf Veranlassung der Ortsgruppe Lübeck dieser Abstinenzorganisation liegt der heutigen Ausgabe unseres Blattes ein Flugblatt bei, in dem auf die Verwendbarkeit wichtiger Lebensmittel zum Zwecke der Alkoholherstellung, sowie auf die Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterschaft und die Stärkung der Reaktion infolge des Alkoholtrinkens hingewiesen wird.

Die Eheschließungen im Reich wiesen in den Kriegsjahren eine ganz bedeutende Abnahme auf. Dagegen zeigten sie nach Kriegsende eine gewaltige Zunahme, ein Ergebnis, das nicht vorausgesehen war. Im Jahre 1920 fanden ungefähr doppelt soviel Eheschließungen statt wie im Jahre 1913. Das Statistische Reichsamt berechnet eine Zunahme von 1,55 je 1000 Einwohner und Vierteljahr im Jahre 1913 auf 3,01 im Jahre 1920. Das Jahr 1921 hat diese Höhe nicht behaupten können. Die Verzögerungen und Verzögerungen in den Eheschließungen, die mit dem Krieg im Zusammenhang standen, sind nachgeholt worden. Die 56 größten Städte des Deutschen Reiches, deren statistische Nachweisungen vorliegen, zeigten für das erste Vierteljahr 1920 zusammen 49.191 Eheschließungen, für denselben Zeitraum 1921 dagegen nur 40.920 Eheschließungen. Durch eine Maßziffer ausgedrückt, bedeutet dies einen Rückgang von 100 auf 86. Die höchste Abnahme zeigt Stuttgart mit einer Maßziffer von 69, die größte Zunahme Essen mit einer solchen von 117. Die höchste Eheschließungsziffer wies in beiden Jahren Hagen mit 3,7 auf 1000 Einwohner, die niedrigste Allenstein mit 1,7 auf. Die Zahl der Eheschließungen zwischen Erstheiraten ist in den beiden Jahren so ziemlich gleich geblieben. Sie betrug durchschnittlich 74 Prozent aller Eheschließungen.

Verbesserung der Westindien-Fahrt. Die Hamburg-Amerika-Linie wird ihren bisherigen Westindien-Merito-Dienst nach Habana, Peta Cruz und Tampico um eine weitere Westindien-Fahrt mit anschließendem direktem Westküstendienst durch den Panama-Kanal nach verschiedenen Häfen Zentralamerikas mit neu erbauten eigenen Schiffen erweitern. Die Abfahrten finden vorläufig einmal im Monat statt und zwar wird als erstes Schiff der Dampfer „Antiochia“, zirka 5500 Tons, am 15. November von Hamburg abgehen und folgende Häfen anlaufen: Curacao (Marasibo in Umladung), La Guayra, Pto. Cabello, Pto. Colombia (Barranquilla in Umladung), Cartagena, Port Limon, Colob, Panama, Corinto, Acapulca, San Jose, de Guatemala, Champerico und zurück.

Konzerte im Gewerkschaftshaus. Unser vorzügliches Orchester hat wieder im Gewerkschaftshaus seinen Einzugs gehalten. Nur seinen Titel hat es gewechselt, aber an seiner künstlerischen Qualität hat es nichts eingebüßt. Mittwochabend war das dritte Konzert. Schon beim Krönungsmarsch aus „Holländer“ hatte Herr Konzertmeister Willies, der das Orchester leitete, das Publikum für sich. Seine temperamentvolle aber doch ruhige Art übertraf sich auf das Orchester. Das Programm war geschmackvoll zusammengestellt. Jeder kam auf seine Kosten. Wenn man den billigen Preis mit dem Gebotenen vergleicht, kann man nur wärmstens einen Besuch dieser Veranstaltungen empfehlen. Ueber den Programm lesen wir: „Bezirksbildungs-ausschuß Lübeck“. Es ist recht erfreulich, daß dieser Ausschuß diese Konzerte in seinen Schutz genommen hat. Hoffentlich wird er auch seinerseits alle Kreise auf den Wert dieser Konzerte hinweisen.

ph. Wegen dringenden Verdachts des Güterdiebstahls wurde ein in der Ziegelstraße wohnhafter Güterbodenarbeiter dessen Sohn und eine in der Segebergstraße wohnhafte Schneiderin festgenommen. In deren Besitz wurden größere Mengen Angas- und Kleiderstoffe, sowie bereits verarbeitete Stoffe vorgefunden, die offenbar von Diebstählen herührten.

ph. Festgenommen wurde ein Pflafer einer hiesigen Heilanstalt, der in den dringenden Verdacht steht, einem zur Unterbrechung seines Geisteszustandes in der Heilanstalt untergebrachten jugendvergangenen zur Flucht verhoften zu haben. - Festgenommen wurde nach einer aufregenden Verfolgung ferner der kassianer Postmann aus Hamburg, der mehrere Fahräder gestohlen hatte und diese nach Hamburg verschleppen wollte. Es handelt sich um einen schweren Jungen, der Gambreterwerkzeug bei sich führte.

ph. Die geprellte Braut. Festgenommen wurde der mehrfach vorbestrafte Arbeiter Heinrich Sch... von hier, der Verzeihen in großem Maße geübt hat. Selbst seine Braut, mit der er sich in Kürze verheiratet wollte, ist von ihm um eine namhafte Summe geschädigt worden.

ph. Ermittelt und festgenommen wurde ein in der Marktstraße wohnhafter Kaufmann wegen dringenden Verdachts der Dieberei. Von ihm, sowie von einem weiteren Kaufmann und einem Bureaugehilfen wurden hier in letzter Zeit größere Mengen Taschenuhren zu außerordentlich billigen Preisen angeboten, welche nur auf unrechtmäßige Weise erworben sein können.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Bezirksverband für Mecklenburg und Vöbek. An unsere Ortsgruppenvorstände richten wir die dringende Bitte, die Abrechnung und Beiträge für das abgelaufene Quartal umgehend einzulenden. Geldsendungen sind auf unser Postcheckkonto Wlth. Kröger, Karl Dreymer Nr. 35 806, Hamburg 11, einzuzahlen. S. A.: K. Dreymer.

Konzertprogramm. Sonntag, den 16. Okt., Geibelplatz ab 11¼ Uhr: 1. Unter Brief und Siegel, March v. Becker. 2. Ouverture z. Oper „Die Fellenmühle“ v. Reiffner. 3. Chor der Friedensboten“ a: „Kienzi“ v. Wagner. 4. „Jonathan“ v. Walzer“ v. Miltöcker. 5. Potpourri a. „Der Vogelhändler“ v. Zeller.

Stadtheater. Sonntagabend gelangt Butterfly zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Herr Stedel, die szenische Leitung Herr Schubert. Die weiblichen Hauptrollen sind besetzt von den Damen Bruhn und Rehrbach. Den Interimsoon singt Herr Biffer.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Sitzung des Parteivorstandes und Bezirksführer von Schwartau am Montag, dem 17., abends 7 Uhr, in „Transvaal“. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

Timmendorferstrand. Einen schweren Brandschaden erlitt am 12. Oktober der Hofbesitzer von Neu-Ruppertsdorf. Kinder im Alter von 35 Jahren spielten mit Streichhölzern. Hierbei legten sie eine mit Futtermitteln bis unter das Dach gefüllte Scheune des Hofbesitzers Theophile in Neu-Ruppertsdorf in Brand. Das Feuer griff schnell um sich und sprang auf eine zweite in der Nähe des Brandherdes befindliche, gleichfalls vollgefüllte Scheune über. Die herbeigeeilten Feuerwehren vor Ratkau sowie von Timmendorferstrand, Groß-Timmendorf, Sarkwitz, Offenborn, Hemmelsdorf und Lechau waren diesem gewaltigen Brande gegenüber machtlos. Ihre Anstrengungen mußten sich darauf richten, ein Ueberpringen des Feuers auf eine dritte, gleichfalls der Brandstelle benachbarte Scheune und auf die übrigen Hofgebäude zu verhindern. Der aufopfernden gemeinsamen Tätigkeit der Feuerwehren gelang dieses auch, trotzdem ihre Arbeit durch Wassermangel und wegen der durch die herrschende Trockenheit verursachten Verschlammlung der Leiche sehr erschwert war. Die beiden Scheunen sind vollkommen ausgebrannt. Nur die Umfassungswände sind stehen geblieben. Verbrannt sind sämtliche Futtermittel, Stroh, mitdelbens 150 Fuder Wiesen- und Riesen, dazu noch etwa 50 Fuder ungedroschene Gerste. Durch dieses Feuer sind sämtliche Futtermittel für das Durchwintern des Viehes verloren.

Entin. Der endgültige Wahltermin. Nach Entscheidung des Ministeriums in Oldenburg ist nunmehr endgültig als Termin für die Landesausschuss-, Gemeinderats- und Ortsausschusswahl Sonntag, der 4. Dezember 1921 festgesetzt.

Hamburg. Die Groß-Hamburg-Frage vor der Zentralstelle für Neugliederung des Reiches. Im Reichsministerium des Innern begannen am Donnerstag im Zentralausschuß für die Gliederung des Reiches Beratungen über die Frage Groß-Hamburg. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Zentralstelle hält eine Verhandlung der Hamburger Frage als einer weltwirtschaftlichen deutschen Frage bei der Unhaltbarkeit der heutigen Verhältnisse für dringlich und empfiehlt baldige Erledigung durch den innerhalb der von der preussischen Regierung gewünschten Frist von 4 Wochen über den Kommissionsbericht zu fassenden Beschluß.

Hamburg. Parte-Holz und der Hamburger Buchdruckerstreik. In Hamburg streifen die Buchdrucker noch. Unter denjenigen, die bewilligt haben, befindet sich Herr Holz. Er teilt an der Spitze seines Blattes mit, daß er mit den Judenblättern (das sind sämtliche bürgerlichen Blätter Hamburgs mit Ausnahme des deutschmonarchistischen „Hamburger Tageblatts“) nichts zu tun haben wolle und deshalb bewilligt hätte. Die Hamburger Prinzipale und Zeitungsverleger haben sich nun mit der scheinbaren Arbeiterfreundlichkeit des Herrn Holz beschäftigt und ihm die Gründe beschnitten, weshalb er seinen Berufsgenossen in den Rücken gefallen sei. Der Vorsitzende der Prinzipale, Herr Bahl, sagte nach dem Bericht einer Prinzipalsversammlung in den „Nordb. Nachr.“ (Blattenseite):

„Bedinglich, um einige Tausend Exemplare seiner „Warte“ abziehen zu können, sei Herr Holz seinen im Kampfe stehenden Kollegen in den Rücken gefallen, sei er zum Verräter seiner eigenen Berufs- und Standeskameraden geworden. Er (Herr Bahl) habe persönlich mit Herrn Holz verhandelt, und er müsse bekennen, er habe hier eine der trübsten Stunden seines Lebens und eine der traurigsten Erfahrungen und Enttäuschungen durchgemacht, die er bisher in seinem langen Leben davongetragen. Theorie und Praxis, in welcher schreiendem Widerspruch ständen diese bei einem Manne wie Holz. Auf der einen Seite ein Mann, der auf dem monarchistischen Standpunkte stehe, der sein Mundwerk nicht weit genug aufreißer könne, um über den Niedergang aller Bande der Sitte und Ordnung, um Rechtlichkeit, Treue und Kameradschaft zu klagen, der in jeder Nummer seines Blattes übertriefte von Moral und Anstand, auf der anderen Seite dies schändliche Benehmen. Das werde sich bitter rächen. Jeder anständig denkende Bürgermann werde nach diesem Vorgehen sich ein anderes Bild von Herrn Holz machen. Der Mann sei jetzt erkannt. Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden alleseitig mit Zustimmung aufgenommen. Es fielen in der Versammlung gegen Herrn Holz Worte, die wir hier gar nicht wiedergeben können. Ja, ein einmütiger Ruf der Zustimmung erfolgte, als Herr Bahl unter mächtiger Bewegung feierlich erklärte, er würde seinen Augenblick mehr Vorhänger im D. B. B. bleiben, wenn Elemente wie Holz und „Tageblatt“ Leute noch länger im Verein geduldet würden.“

Dieser Bericht kennzeichnet den ganzen „Warte“-Holz. Nicht der „innere Herzensbrand“, der ihm von seinem Verteidiger, Generalkassanwaltschaft Dr. Schön, angezündet wurde, trieb ihn dazu, die Forderungen der Buchdrucker anzuerkennen, sondern die Hoffnung, dadurch noch mehr Geld verdienen zu können. Den streikenden Buchdruckern können die Gründe des „Warte“-Menschen gleichgültig sein, aber selbst die „nationale“ Öffentlichkeit wird mehr und mehr erkennen, daß bei F. C. Holz alles Geschäft ist. Nur aus Geschäftsrücksichten verbreitet der Mann gemerksmäßig Lügen und Verleumdungen über die Republik und ihre führenden Männer.

Hamburg. Die größte deutsche Konsumgenossenschaft, die Hamburger „Produktion“, befindet sich trotz der das gesamte Wirtschaftsleben bedrückenden Schwierigkeiten in fester Fortentwicklung und Erweiterung. Einen rechten Begriff von den Konsumgenossenschaftlichen Möglichkeiten gewinnt man, wenn man erfährt, daß die Hamburger „Produktion“ im ersten Geschäftsjahre 1921 ihre Mitglieberschaft auf 124.936 und das Mitgliederzahlverhältnis auf rund 4,6 Mil-

tionen Markt erhöhte. Die Sparrateneinlagen beim Verein aber stiegen auf 51 Millionen Mark. Der Warenmarkt des Geschäftsjahres steigerte sich um 33 1/2 Millionen Mark auf 176,3 Millionen Mark. Gestiegen sind natürlich auch das Unkosten- und Lohnkonto, wofür letzteres allein im laufenden Jahre 35 Millionen Mark betragen wird. An Steuern mußten in dem halben Geschäftsjahr nicht weniger als 2,6 Millionen Mark gezahlt werden. Die Schlachtereier der Großgenossenschaft „Produktion“ brachte es in dieser Zeit von 12 auf 48 Millionen Mark, die Bäckerei auf 15 Millionen Mark Umsatz. Der Verein beginnt von neuem mit dem Wohnungsneubau und stellt für Reparaturen der bestehenden Wohngebäude im Halbjahr zunächst rund eine Million Mark zur Verfügung. Die Ziegelei der Genossenschaft in Lauenburg (Elbe) ist flott beschäftigt, das Landgut Schwandheide wirkt wieder zufriedenstellende Ernteerträge ab und entwickelt stark die nützliche Schweinezucht. Das Kindererholungsheim der „Produktion“ an der Ostsee verursacht naturgemäß beträchtliche, gesteigerte Kosten, gleichwohl wird die Unentgeltlichkeit der Aufnahme von Kindern der Mitglieder beibehalten werden. Zu dem Afide von der Entwicklungsmöglichkeit einer autarken Konsumgenossenschaft mag schließlich noch die Feuerversicherungsumme der Mitglieder bei der „Produktion“ mit 280 Millionen Mark hinzugefügt werden. Um weiterbauen zu können, beschloß die Generalversammlung Ende September die Erhöhung der Mitgliederbeiträge von 100 Mk. auf 300 Mk. Man sieht, genossenschaftlicher Wille vermag viel.

Sambura. Zum Kampf im Buchdruckgewerbe ist zu berichten, daß eine Verständigung angebahnt ist. — Als Streikbrecher betätigten sich beim Verkauf des gemeinsamen Nachrichtenblattes Studenten, die insbesondere in den besseren Cafés auftraten. — Differenzen im Baugewerbe. Wegen Sperzung des Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber des Baugewerbes sind schwere Differenzen bevorstehend. Der Zugang von Maurern und Zimmerern ist deshalb streng fernzuhalten.

Moskau. Massenentlassungen auf der Mentun-Werft. Nachdem die hiesigen Werftarbeiter bereits seit längerer Zeit nur 40 Stunden die Woche arbeiten, wurde ihnen am 8. September von der Direktion der Werft mitgeteilt, daß die Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden herabgesetzt werden sollte. Nachdem dies nun am 11. Oktober durchgeführt ist, und zwar so, daß jeden Tag 8 Stunden gearbeitet werden. Kündigte die Direktion am 11. Oktober plötzlich 270 Mann vom Montag, dem 17. Oktober. Bezeichnend ist, daß Arbeiter gekündigt worden sind, die bereits 20 Jahre und darüber auf der Mentun-Werft beschäftigt, während jüngere Arbeiter, die erst nach der Kriegszeit angefangen im Betriebe, geblieben sind. Nach den Angaben der Direktion erfolgt die Entlassung 1. weil mehrere Schiffe zurückgenommen sind, 2. weil kein Geld vorhanden ist. Die Regierung ist um Vermittlung angerufen worden!

Aus aller Welt.

319 000 Mk. vergessen. Eine Aktentasche mit 319 000 Mk. verloren hat ein Viehhändler. Dieser ließ in Gedanken versunken, keine braunlederne Aktentasche in einem Berliner Stadtbahnhofs liegen. Sie enthielt nicht weniger als 319 000 Mk. in Ein-tausendmarktscheinen.

Bezahlung im Eisenbahnzuge. Einem Kaufmann aus Schierke wurden auf der Fahrt von Wernigerode nach Halberstadt von Mitreisenden 13 Tausendmarkscheine geraubt. Der Kaufmann gibt an, daß im selben Abteil zwei anscheinend der Halbwelt angehörende Reisende, Herr und Dame, gesessen hätten, die nach Berlin wollten. Hinter Heubel sei er eingeschlafen. Als der Zug in Halberstadt hielt, waren die beiden weg und mit ihnen das Geld. Nachforschungen im Berliner Zuge ergaben, daß die beiden sich nicht darin befanden; sie haben offenbar nach gelungener Raube ihre Reiseroute geändert.

27 Gehöfte verbrannt. In Wettringen bei Hofheim in Bayern legte ein Großfeuer ein ganzes Dorfviertel in Asche. 27 Gehöfte wurden vollständig vernichtet.

Französische Schmuggler verhaftet. Die französische Gendarmrie verhaftete, wie aus Mainz gemeldet wird, zwei französische Grafen, die während der Zeit der Sanktionen einen umfangreichen Warensmuggel über die Westgrenze in der Grenzpostzollstation Wagners mit Schmuggelwaren anhängen ließen. Weiße betrieblen hatten, daß sie an die kontrollfreien französischen

Ein dreifacher Kindermord. In Debisfelde wurden die drei Söhne des Eisenbahnmotorenführers Robert Winkler, die im Alter von 3, 6 und 7 Jahren waren, in ihren Betten ermordet aufgefunden. Die Kinder hatten die Schnur einer Klingel um den Hals gebunden. Ueber den Täter und den Anlaß zur Tat fehlen noch nähere Einzelheiten.

3000 Zentner Weizen verbrannt. Aus Halle wird gemeldet: Hier ging die große Scheune des Ruffeldens Gutes in der Merseburger Straße, in der neben anderen Feldfrüchten auch 3000 Zentner Weizen lagerten, durch Brandstiftung in Flammen auf. Als Brandstifter wurde ein hallescher Arbeiter verhaftet, der vor Polizei erklärte, er habe im Einvernehmen mit seinen kommunistischen Parteifreunden gehandelt, die aus Rache und Verbruch über die hohen Kartoffelpreise planmäßig die Scheunen der Bauern im Saalkreis in Brand zu stecken beabsichtigten.

150 Waggons in die Luft geflogen. In dem Ort Rudenitz flogen 150 Waggons mit Munition in die Luft. Durch die Explosion wurden 100 Personen getötet und zahlreiche verletzt.

Entgleisung eines Personenzuges. Bei Merida in Ungarn ist ein Personenzug infolge Unterwühlung des Bahndammes durch den anhaltenden Regen entgleist. Ueber die Zahl der Opfer liegen noch keine Meldungen vor.

Gewerkschaften.

Ueber 22 Millionen Gewerkschaftler. Der Internationale Gewerkschaftsbund Amsterdam veröffentlicht eine Uebersicht der ihm angeschlossenen Berufssekretariate und deren Mitglieder, die folgendes Bild gibt:

Metallarbeiter	4 600 000
Transportarbeiter	2 718 402
Verarbeiter	2 614 215
Kaufleute	2 409 300
Landarbeiter	2 097 088
Zerklarerbeiter	1 604 000
Wohnbaugesellen	843 000
Bauarbeiter	804 194
Schiffarbeiter	800 000
Schneider	590 500
Post-, Telegraphen- und Telephonangestellte	522 250
Offenhandelsbetriebe	478 142
Lehrer	343 507
Lebens- und Genussmittel	306 300
Buchbinder	261 203
Kaffeehaus- und Hotelangestellte	245 950
Stenographen	162 050
Facharbeiter	160 000
Tabakarbeiter	152 300
Glasarbeiter	147 500
Zimmerer	92 482
Maler	83 833
Baumwäcker	48 859
Photographen	40 648
Reparaturarbeiter	24 500
Reparaturarbeiter	18 500
Riadner	14 568
Töpfer	12 126
Zusammen	22 182 913

Die für die Lederarbeiter angegebene Zahl umfaßt auch die Berufssekretariate der Schuh- und Lederarbeiter, Gerber und Sattler, die auf ihrem diesjährigen internationalen Kongreß beschlossen, eine gemeinsame Internationale zu gründen. Von der bei den Töpfern angegebenen Zahl ist zu bemerken, daß sie sich nur auf Deutschland, Dänemark und Schweden bezieht. Ueber die Mitgliederzahl der anderen Länder liegen keine Angaben vor.

Das Wetter der Woche.

Von der Dauenburgischen Wetterwarte in Mülln, 13. Oktober. (Nachdruck verboten.)

Die nächste Woche (16.—22. Okt. einschl.) wird nach unseren Ermittlungen die Entschleunigung bringen, ob endlich eine nether-schlagreichere Zeit einsetzt, oder ob die ungewöhnliche lange und hartnäckige Trockenperiode noch den Oktober durchdauert. Zu Beginn des neuen Zeitabschnittes (16. Okt.) bildet sich eine Wetterlage heraus, die alle Voraussetzungen für einen Witterungs-umschlag von längerer Dauer bietet. Sollten sich die zur Witterung kommenden atmosphärischen Kräfte wider Erwarten auch diesmal dem trockenen Wettertypus gegenüber als zu schwach erweisen, so muß leider noch mit längerem Fortbestand des bisherigen Witterungscharakters gerechnet werden. Wir haben Anlaß, das letztere für sehr wahrscheinlich zu halten. Unser Bezirk wie der größte Teil Deutschlands liegt andauernd im Bereiche einer ausgedehntlich warmen und trockenen Westwind- (O- bis S-) Ausströmung, wie im Bereich mächtig hohen Luftdruckes, dessen Kern meist über EO-Europa und den Alpengebirgen lagert und wenig Veränderung zeigt. Atmosphärische Störungen bedecken den hohen W. und N. des Erdteils (Umgebung Islands bis NW-Rußland und Finnland) und können das Wetter unserer Gegend nicht merklich beeinflussen. Ob dieses einem oceanischen Tief im W. der britischen Inseln gelinzt, ist noch sehr zweifelhaft, da alle Voraussetzungen für ein Fortschreiten des tiefen Luftwirbels nach NO., statt nach Osten, gegeben sind. So sind nur schwache Niederschläge zu erwarten (16., 17.), später aber wieder aufstrebendes, mildes, außer zeitweiltem, starkem Nebel trockenes Wetter. — Im einzelnen: 16. Okt.: Nebel, meist neblig-trübe, im W. und N. (Küstengebiet) starke bis stürmische S- und W-Winde; zeitweise Regenfälle. Im S. und Osten vorwiegend trocken. Hannover, Schleswig-Holstein und Mecklenburg hat reichliche Gewitter. 17. Okt.: Wenig Veränderung bei sinkender Tageswärme. 18. Okt.: Zunächst neblig-trübe, nachmittags sonnig, in den südlichen Gebietsteilen heiter und mit Ausnahme des hohen N. und NO. trocken. 19. Okt.: Teils neblig, teils heiter, schwache W-Winde; mild und trocken. 20. Okt.: Fortdauer der herrschenden Witterung bei sinkender Luftwärme. 21. Okt.: Räkter, zeitweise trübe und stark neblig, nachmittags zeitweise klar; trocken bei schwachen N- und W-Winden. Nachtfrostgefahr. 22. Okt.: Zeitweise Nebel, sonst trocken, leichte NO- bis O-Winde. Zeitweise heiter. Nachts Reif bzw. leichter Frost.

Kein schmerzhaftes Rasieren mehr!

Die neue haarweichende Rasierseife LEOSIRA ermöglicht auch bei jedem Rasieren u. empfindlicher Haut ein leichtes, angenehmes Rasieren. Kein schmerzhaftes Brennen der Haut nach dem Rasieren. Wohlthätige Schaumkrone, parfüm im Gebrauch, außerdem billig. Preis 3 M. Wo Sie die bekannte Chlorodont-Zahnpasta kaufen, erhalten Sie auch Leosira-Rasierseife. Einzeln. durch Laboratorium LEO, Dresden-N. 6.

(772)

Druckmaschinen

Jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46

Die vielseitige Verwendung von MAGGI Würze

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen Nr. 6; man achte darauf, daß der Plombenverschluß unversehrt ist.

ist vielfach noch unbekannt. Nicht nur Suppen aller Art, sondern auch Gemüsen, Soßen und Salaten verleiht ein kleiner Zusatz feinen, kräftigen Wohlgeschmack. (7746)

Bekanntmachung.

Die Geschäftsräume des Landesversorgungsamts Abteilung I, Post, Mehl und Biennstoffe, Breitestr. 65, Abteilung II, Refektorium, St.-Annenstr. 1, sind für das Winterhalbjahr (17. Oktober 1921 bis 31. März 1922)

am Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags (7797) geöffnet.

Das Landesversorgungsamts.

Bekanntmachung.

Die Sprechstunden des Leiters der Steuerberatungsstelle der Handelskammer werden künftig allwöchentlich Donnerstag von 12 Uhr mittags bis 3 Uhr nachmittags in der Handelskammer, Breite Straße 6, wieder abgehalten. (7770)

Lübeck, den 14. Oktober 1921.

Die Handelskammer.

Zentrale für private Fürsorge

Abt. Krankenversorgung (78-1) von 8 bis 5 Uhr geöffnet. Königsstr. 19. Fernspr. 8744

Familienhilfe.

Sprechstunde täglich von 10 bis 11 Uhr. Königsstr. 19. Fernsprecher 8744.

Die Zentrale für private Fürsorge

hat für ihre Abteilung Krankenversorgung eine Schwester eingestellt, um in dringenden Fällen gleich den Kranken zur Hand gehen zu können. (7799)

Blocksäger

möglichst gelernter Stellmacher, zu sofort oder später gesucht. Eventl. Dienstwohnung. Bewerbungen mit Angabe des Alters und der Familienverhältnisse unter M N an die Expedition dieses Blattes. (7794)

Bekanntmachung.

Die Diensträume der Baubehörde sind für den Verkehr mit dem Publikum vom 16. Oktober 1921 bis 31. März 1922 werktäglich von 8 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 8 bis 2 Uhr geöffnet, die der Baukasse von 8 bis 1 Uhr. Lübeck, den 14. Oktober 1921 (7808) Die Baubehörde.

Minna Spiels Waldemar Strobfeldt

Verlobte. (7785) Lübeck, d. 15. Oktober 1921.

Bruno Schütt

im 16. Lebensjahr, tief betrauert von den Gmterbliebenen.

Herm. Schütt

u. Frau geb. Pries Annita u. Hermann. Geordesstr. 59, 1. Die Trauerfeier findet am Mittwoch um 4 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt. (7813)

Wer vermietet an ruhiges, junges Ehepaar (Ab.)

ohne Kind ein leeres Zimmer zu sofort oder inäter. Hermann Hardt, (7785) Wulfsdorf b. Lübeck.

Werkstatt od. Bauplatz ges.

Ang. u. L K 13 a. G. (7762)

Halbpreise Schuhreparaturen

liefern (7808) Karl Obst, Alm Brnt 116, Johs. Voss, Büchstr. 90.

Friederike Schiering

geb. Warncke im 85. Lebensjahre. Tief betrauert von F. Schiering u. Frau W. Schiering.

Beerd. Dienstag, den 18. d. Mts., vorm. 8 1/2 Uhr. vom Vorraum der Leichenhalle des Allg. Anteseckers. (7788)

Witern entschließ nach kurzer, schwerer Krankheit unsere liebe

Martha im 9. Lebensjahre. Tief betrauert von allen, die ihr nahe standen. (7789) Herm. Schmidt u. Frau Lina geb. Vokuhl. Trauermünde, den 14. Okt. 1921.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 17. d. Mts., nachmittags 3 Uhr von der Kapelle aus statt.

Gesucht eine saubere Waschfrau.

(7791) Kalkenwiese 13. I. 1.

Mit. S-Wal. f. preisw. a. v.

(7763) Ludwigsstr. 89, II.

G. f. n. S-Walder. a. v.

(7760) Chausstr. 5, p.

Gesucht ein junger Hausburche.

(7792) Grundmann, 2. Poststr. u. Markt. und Kleiderschrank billig a. verk. (7796) Untertrave 58, II.

Eisener Ofen zu verk.

(7748) Westböfstr. 49, pt.

1 Kronleuchter zu verk.

(7750) Ludwigsstr. 46, v.

3. v. l. Ang. Ueberzieher u. ionst. getr. Sachen. Sonnt. v. 9-10 Uhr vorm.

(7782) Tremskamp 8, 5th.

1 Bloch. 6-8 Jtr. Tragkraft zu verkaufen.

(7776) Kerdingsstr. 61 I.

Umständehalber eine grüne Büsch-Garnitur zu verk.

(7777) Dornestr. 45 I.

G. f. n. Herrenüberzieher b. a. v. Martleg. 22 II.

(7790)

Geschäftsübernahme.

Einem geehrten Publikum zur gefl. Mitteilu. a. daß ich das vollständig renovierte Restaurant zur Walkmühle Seereiz.

künftig erwarben habe. Es wird mein Bestreben sein, das Restaurant wieder in die vor dem Kriege innegehabten Bahnen zu lenken und mache gleichzeitig auf das neuereingerichtete

Café

aufmerksam. Ich bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens und zeichne ergebenst

Eröffnungsfest

am Sonntag, d. 16. Okt., ab 4 Uhr nachm. Kaffee-Konzert. (7765)

Zu verkaufen 2 weiße hornlose junge Ziegen

Bürgerhof, (7785) Israelsdorfer Allee 40.

Eine große Partie Ferkel zu verk.

St. 130.— J. Klüwer, (7806) Schwartzauer Allee 133.

Ferkel von 100-130 Mk. an zu verkaufen.

(7795) Wllh. Rowe, Jadenburg 39.

Zugänger zu verkaufen.

(7783) Augustenstr. 25 I.

Gut lag. Frettchen

m. Zubehör a. Kauf. gef. (7807) Ang. u. W. u. M 115 a. d. G.

Sofort gesucht Zeitungsverkäufer.

„Lübecker Volksbote“, Sport- u. Kinderb. a. l. gef. Ang. u. H W a. d. G. (7761)

Möbel

Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen. Goldts Möbellager

Fischergrube 25/27. (7822)

Schwartau.
Sitzung des Parteivorstandes und der Bezirksführer von Schwartau am Montag, 17. Oktbr. abds. 7 Uhr in „Trausbaal“.
Pöhlzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich. (7809)

Arbeiter-Sanitäter-Kolonie.

Versammlung
am Montag, 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr bei Fr. Lender. (7780)

Zentral-Krankenunterstütz.-Verein der Schmiede.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 18. Oktober abends 7 1/2 Uhr bei Wulff, Gr. Burgstr. 37. Erscheinen Pflicht. (7787)

Versammlung
der St. Gertrud-Schweine-Gilde am Sonntag, 16. Oktober nachm. 4 Uhr im Lokale Neulauerhof. Um zahlreiches Erscheinen ersucht (7754) Der Vorstand.

Das Schulprogramm der Sozialdemokratie
von RICH. LOHMANN
Ein prakt. Handbuch für Eltern, Lehrer und Erzieher in dem nicht nur die Forderungen der Sozialdemokratie zusammengefasst sind, sondern auch die nächsten Möglichkeiten zur schrittweisen Erreichung des Zieles dargestellt werden.
Preis Mark 0.50

Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.**,
Johannisstr. 46.

H. Schütz,
Uhrmacher,
Johannisstr. 20.
Uhren und Goldwaren.
(7598)

- das sparen Sie

PERSIL

wenn Sie zum Waschen das in allen Gauen Deutschlands beliebte und altbewährte selbsttätige Waschmittel

PERSIL

gebrauchen.

Es spart Geld, weil
es keinen weiteren Zusatz von Seife, Seifenpulver usw. erfordert, daher das Waschen verbilligt und die Wäsche schon!

Es spart Kohle, weil
nur einmaliges viertelstündiges Kochen nach vorherigem Einsetzen in Persillauge nötig!

Es spart Zeit, weil
es gleichzeitig wäscht und bleicht, Rasenbleiche ersetzt und die Waschdauer verkürzt!

Es spart Arbeit, weil
es ganz von selbst wäscht, völlig mühelos, ohne Waschbrett, ohne Reiben und Bürsten!

Persil ist ohne jede Schärfe, enthält keine schädlichen Bestandteile, greift das Gewebe nicht an und gibt eine schöne fette Lauge, löst Staub und Schmutz völlig, entfernt die hartnäckigsten Flecken und macht die schmutzigste Wäsche blendendweiß, frisch und duftend, wie auf dem Rasen gebleicht.

In Friedensqualität wieder überall erhältlich.
Nur in Original-Packung, niemals lose!

Der beste Lehrmeister ist ein Versuch!

Alleinige Hersteller: **Henkel & Cie. Düsseldorf** auch der altbekannten „HENKO“
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Konzerthaus Lübeck.
Für die Winter-Saison sind meine **Säle und Klubzimmer** noch einige Sonn- u. Wochentage frei.
Heinz Cyriacks.
Tel. 408. (7786)

Genier Baum.
Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 6 1/2 Uhr. (7804)

Friedrich-Franz-Halle.
Jeden Sonntag: (7782)

Tanz.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Lindenhof-Israelsdori.
Am Sonntag: (7728)
Bornehme Ballmusik
Anfang 4 Uhr nachm.
Zu d. Veranden freier Eintr.
Tel. 1910. Victor Klempan.

Flora
Sonntag:
TANZ
Eintritt frei. (7751)

Johannishof.
Johannisstr. 5 (7811)
früher Pferdestall
Täglich: Zitherkonzert.
Anf. 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Trocadero
4 Schlüsselbuden 4
Fernsprech. 757.
5-Uhr-Tee.
Erno-Schäkel-Konzert.
Angenehm. Aufenthalt.
(7764)

HANSA-THEATER
Täglich 7 1/2 Uhr abends:
Der große Schläger:
Ihre Hoheit - die Tänzerin
Operette in 3 Akten
von Walter M. Googe.
Dienstag, d. 18. Oktober:
2. Vorst. im Dienstag-Ab.
Ihre Hoheit - die Tänzerin

Stadttheater Lübeck.
Sonnab., 18. Okt., 7.30 Uhr
Die blaue Magur.
(Außer Abonnenten).
Einlage: Der Schläger
„Eine kleine Freundin hat
ein jedermann...“
Sonntag, 16. Okt., 2.00 Uhr
5. Vorst. f. den Arb.-Bildungsverein.
Die Braut von Messina.
Singspielverkauf a. d. Theaterkasse.
Sonntag, 16. Okt., 7.30 Uhr
Madame Butterfly.
Montag, 17. Okt., 7 Uhr
Don Juan und Faust.
(Fausztspiel für Erwachsene, nicht f. Schüler!)
Dienstag, 18. Okt. 7.30 Uhr.
Potafsch u. Perlmutter.
10. Ab.-Vorst. Buchst. B.

Kolosseum. (7771)
7.30 Uhr. 4. Volkstümlich.
Konzert im Mont.-Abonn.
d. Sinfonie u. Stadttheater-
orchesters.
Leiter: Karl Mannstaedt.
Solist: Gerrit Biffert.

Zentralhallen
Morgen Sonntag: (7786)
Gr. Tanzkränzchen. Eintr. frei.

„Waldlust“ Israelsdori.
Sonntag 1. 4 Uhr an
Gr. Tanzkränzchen.
Tanz und Eintritt frei. (7776)

Waisenhof Freitag, Sonnabend u. Sonntag
Tanz. (7708)

Jeden Sonntag (7726)
und Donnerstag:
Adlershorst. Ball.

Morgen Sonntag:
Luisenlust Tanz
(7734) Eintritt und Tanz frei.

Der **Neue-Welt-Kalender**
für 1922
ist erschienen und zum Preise von 3 Mk.
zu haben in der
Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.**
(Lübeck, Johannisstr.)

Die neuen Postgebühren
- 50 Pfg. -
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Der Puppendaktor
heilt jede kranke Puppe.
7633) E. Bertel, Hübstr. 74

Arbeitnehmerverb. des Friseur- u. Haargewerbes Lübeck (7748)
Sonntag, den 16. Oktober 1921
Gr. Herbstvergnügen
im Gewerkschaftshaus.
Eintritt: Herren Mk. 3.90 inkl. Steuer, Damen Mk. 2.60 inkl. Steuer.
Kassenöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Der Vergnügungsausschuss.

Jeden Sonntag
Weißer Engel. BALL.
Eintritt frei.

Verein „Fritz Reuter“ Lübeck
Vor an'n 7. Oktober vor een utverlofttes Hus spält wätr, un veele Lüd keem Jutrittsfort'n mehr freeg'n heb'n, ward disse
Plattd. Theater-Abend
Klot an'n Mittwoch, 19. Oktober Klot
8 in'n Konzerthaus „Flora“ 8
wetterhalt.
Jutrittspreis: 1. Platz 4 Mark un 80 Penn Ester,
2. „ 3 „ un 60 „
Bereinsmitlieder un Gednitslieder betah'n halb'n Preis. (De Plätze sind nummeriert.)
Sontagsabnd is bi E. Koch, Radkegrov 6 un geht an'n Randag, den'n 17. Oktober, morgens Klot 8 los.
(7775) De Schenk.

Gasthof „Stadt Schleswig“
Hundestraße 14.
**Ausspielen von Räuchfleisch
Hühnern, Wurst usw.**
am Sonntag, d. 16. und Montag, d. 17. Oktbr.
Anfang morgens 10 Uhr. (7778)
Hierzu ladet ergebnst ein **Heinr. Fedder.**

Lübecker Sinfonie- u. Theater-Orchester
Dienstag, den 18. Oktober
abends 7 1/2 Uhr:
Volkstümlich. Konzert
im Gewerkschaftshaus.
Leitung: Herr Konzertmeister Millies.
Eintritt 3.50 Mk., einschl. Steuer.
Vorverkauf im Gewerkschaftshaus, Konsumverein,
Zigarngeschäften Barnekow, Hüxterdamm, Basson,
Beckergrube, Borchert, Breite Straße u. Köhler, Fackel-
burger Allee. (7759)

Arbeiter! Genossen!

Eine schwere Zeit ist über Euch hereingebrochen. Teuerung und Arbeitslosigkeit bedrohen Eure Existenz stärker denn je. Kräftige Nahrung könnt Ihr Euch nicht in ausreichender Menge verschaffen. Eure Kleidung ist abgerissen; selbst Euren freispinnenden Frauen, Euren neugeborenen Kindern fehlt es oft genug an notwendigster Wäsche. In engen, luft- und lichtarmen, feuchten und kalten Wohnungen müßt Ihr mit Eurer Familie hausen. Unterernährung und Blutarmut, Nervenschwäche und vor allem die Schwindsucht breiten sich in Euren Reihen immer weiter aus.

Genossen, Ihr müßt es: dieser wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verelendung kann nur der Sozialismus ein Ende machen!

Kräftigster Kampf, zäheste Arbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete ist darum die Parole.

Gleichzeitig aber ist es die unabwiesbare Pflicht jedes Proletariers — gerade im Interesse seines Kampfes um eine bessere Gegenwart und Zukunft — seine knappen Mittel, die materiellen, wie die körperlichen, zusammenzuhalten, jede überflüssige Ausgabe von Geld und Kraft unter allen Umständen zu vermeiden, um diese entsetzliche Not überhaupt überstehen zu können.

Arbeiter, erfüllt Ihr diese Pflicht?

Es muß offen ausgesprochen werden: in einem Punkte beachtet Ihr den Grundsatz äußerster Sparsamkeit, verständigster Haushaltsführung ungenügend. Durch den Alkoholgenuß vergeudet Ihr Geld und Kraft, schädigt Ihr Euch, Eure Familie, Eure Klasse.

Im Jahre 1920 hat das deutsche Volk laut amtlicher Mitteilung der Reichsregierung 15 Milliarden Mark für alkoholische Getränke ausgegeben. In dieser gewaltigen Summe sind nicht wenige Milliarden, die von Euren sauer verdienten Groschen stammen. Wieviel wertvolle Nahrung, wieviel stärkende Erholung hättet Ihr Euch mit diesem Gelde verschaffen können! Wie hättet Ihr damit Eure Organisation fördern können! Ihr habt es vorgezogen Euch ein Genußmittel zu kaufen, das den Körper schwächt und ihn für Krankheiten empfänglich macht, das die geistigen und sittlichen Kräfte in Euch bindet, das Euren revolutionären Vorwärtsschritt hemmt und so letzten Endes Euren Befreiungskampf erschwert. Das bißchen Alkohol, meint Ihr, sei harmlos. Nein, es war nie harmlos und ist es heute erst recht nicht, wo Euer Körper infolge der langjährigen Unterernährung und der unaufhörlichen Aufregungen zermürbt ist.

Ebenso irrig ist Eure Auffassung vom Nährwert der alkoholischen Getränke. Der Schnaps enthält überhaupt keine Nährstoffe, der Wein nur eine Spur. Das Bier enthält eine geringe Menge, die in einer großen Portion Wasser aufgelöst ist und in dieser Form zu einem Preise verkauft wird, der in einem schreienden Mißverhältnis zu dem wirklichen Wert steht. Wohl werden die geistigen Getränke aus

Nahrungsmitteln hergestellt, aber der Gärungsprozeß zerstört deren Nährwert vollständig oder zum größten Teil.

Wir fragen Euch, Arbeiter: Dürfen in der Zeit drückendsten Nahrungsmangels lebenswichtige Nahrungsmittel vernichtet werden? Dürfen sie zur Erzeugung eines schädlichen Genußmittels verwendet werden?

In den 4 Kriegsjahren sind in Deutschland mehr als 54 Millionen Zentner Gerste zu Bier und gegen

160 Millionen Zentner Kartoffeln zu Spiritus

verarbeitet worden. In den Jahren 1916—18, als die Zuckernot aufs höchste gestiegen war, hat man

40 Millionen Kilogramm Zucker

den Weinfabrikanten zur Verfügung gestellt. Also während Kohlrüben, Kleie, Wicken, Lupinenmehl als Ersatz des fehlenden Brotes, Fettes und Fleisches dienten, während Millionen buchstäblich hungerten, hat man ungeheure Mengen wertvollster Nahrungsmittel der Volksernährung entzogen und zu Alkohol vergoren. Viele, viele Tausende Eurer Klassen genossen, die damals eines schrecklichen Hungertodes starben oder infolge hochgradiger Unterernährung einer Krankheit schnell zum Opfer fielen, sie wären heute am Leben, hätte man jene Nahrungsmittel planmäßig auf alle Schwächlichen und Kranken verteilt.

Diese unverantwortliche Lohderrwirtschaft der wilhelminischen Regierung setzt die Regierung des republikanischen Deutschlands fort. Im Wirtschaftsjahr 1919/20 überließ sie den Brauereien 2 630 000 Zentner Gerste, im Wirtschaftsjahr 1920/21 erhöhte sie das Braucontingent auf 9 640 000 Zentner.

Für Bier genehmigte sie 4mal soviel Gerste wie für Graupen, 24mal soviel wie für Kindermehl, 100mal soviel wie für Malzextrakt.

Zur Deckung unseres dringendsten Bedarfs an Brotmehl müssen wir gegen 50 Millionen Zentner Getreide aus dem Auslande einführen und dreimal so teuer bezahlen wie im Inlande. — und 9½ Millionen Zentner inländischer Gerste, guten Brotgetreides, bestimmt man für Brauereien! Bis Ende Januar sind bereits 2½ Millionen Zentner Gerste in die Braubottiche gewandert. Da es sich nun herausstellt, daß die versprochenen Mengen einfach nicht da sind, will man den Brauereien die Nahrungs- und Futtermittel Mais und Reisgrieß als Ersatz liefern.

Wir fragen Euch, Arbeiter: Sollen die darbedenden Volksmassen sich mit weniger Brot und Nahrungsmitteln begnügen, sollen Eure eigenen Kinder und Frauen Grütze, Graupen, Flocken, Zwieback, Malzextrakt entbehren, damit Bier gebraut werden kann?

Seid Ihr damit einverstanden?

Und was sagt Ihr dazu, daß wieder Kartoffeln für die Schnapßbrennereien freigegeben sind? Nach einer sicherlich niedrigen Schätzung der „Kreuz-Zeitung“ gehen dadurch

10 Millionen Zentner gesunder Kartoffeln

der Volksernährung verloren, ungerechnet die gewaltigen Mengen der — merkwürdigerweise trotz des milden Winters! — erfrorenen und verfaulten Kartoffeln, aus denen die Agrarier in ihren Brennereien nun erhöhten Profit heraus-holen. Und nun sind auch schon Marmelade, Zucker, Obst, Mohrrüben, Reis an der Reihe. Nach allen diesen Nahrungsmitteln greifen die gierigen Hände der Brenner.

Wieder fragen wir Euch, Arbeiter:

Seid Ihr damit einverstanden?

Und schließlich, wie denkt Ihr darüber, daß die Seckfirmen jetzt wieder ihre „alte, vorzügliche“ Friedensmarke anpreisen können, da sie genügend Zucker zur Verfügung haben? Wer braucht den Zucker nötiger: die Schlemmer in den Dielen und Bars oder die elenden Proletariatskinder?

Arbeiter! Genossen!

Ihr könnt mit dieser gewissenlosen Vergewandlung menschlicher Nahrungsmittel nie und nimmer einverstanden sein. Ihr könnt die Vergewandlung von Getreide, Kartoffeln, Zucker, Obst usw. nie und nimmer dulden.

Ihr selbst, Eure Angehörigen, Eure Klassengenossen, Ihr alle leidet schwer darunter. Stürmisch müßt Ihr verlangen, daß alle Lebensmittel reiflos der Ernährung des Volkes zugute kommen, und diese Forderung durch Eure Presse, Eure politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen mit größter Entschiedenheit unablässig vertreten lassen. Und Eure Vertreter in Staat und Gemeinde müssen Euch mit ganzer Kraft unterstützen!

Keine Ruhe,

bis die letzte Frucht vor der Vergewandlung geschützt ist!

In keinem Falle dürft Ihr diese schändliche Mißwirtschaft durch Euer Trinken weiter fördern. Oder wollt Ihr etwa, wenn Ihr das Glas zum Munde führt, daran erinnert werden, daß Ihr mit jedem Schluck Kranken und Siechen, blutarmen und tuberkulösen Kindern, unterernährten Schwangeren und Stillenden kräftigende Nahrungsmittel raubt? Wollt Ihr, daß die Regierung wie bisher sich auch ferner auf Euer „Bedürfnis“ nach Bier berufe und damit die Bevorzugung der Brauereien begründe? Wollt Ihr auch weiterhin für das Alkoholkapital die fetten Dividenden aufbringen? Erkennt Ihr nicht, daß Ihr durch Euren Alkoholgenuß Euch selbst zu Ausbeutungsobjekten Eurer schlimmsten politischen Gegner macht? Sie halten die Nahrungsmittel zurück, weil ihnen der Preis nicht hoch genug ist; sie vertreiben sie hintenherum oder verfüttern sie an die Schweine. Beide Male bekommt Ihr nichts davon, denn Schweinefleisch und Schleichhandelsware könnt Ihr Euch gewöhnlich nicht leisten. Nun aber verarbeiten sie die Lebensmittel zu Bier und Schnapß, in dieser Form setzen sie sie Euch vor, zu geschwollenem Preis, — und jetzt kauft Ihr sie! Ihr kauft sie und schwächt Euren Geldbeutel, Eure Gesundheit, Eure revolutionäre Tatkraft — zum Vorteil der Reaktionäre!

Wißtraut allen Lobreden auf den Alkohol! Sie stammen in der Regel von Agenten des Alkoholkapitals und sind nichts anderes als raffinierteste Geschäftswerbung. Seht nach Amerika und Rußland, wo ein vollständiges Alkoholverbot die günstigsten Wirkungen auslöst! Denkt an die rapide Abnahme der Geistesstörungen in Deutschland während des Krieges als Folge des Alkoholmangels!

**Nur nüchtern seid Ihr im Vollbesitz Eurer körperlichen und geistigen Kräfte.
Weidet den Alkohol und bekämpft mit uns den Alkoholismus!**

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Geschäftsstelle Berlin SO 16, Engelufer 19

Der abstinente Arbeiter

Organ des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes

behandelt die Alkoholfrage vom sozialistischen Standpunkt, deckt die Praktiken des Alkoholkapitals auf und unterrichtet über die alkoholgegnersche Bewegung des In- und Auslandes
Erscheint monatlich einmal - - Halbjahrsabonnement 2,50 Mark - - Bestellungen durch jedes Postamt, sowie den Verlag, Berlin SO 16, Engelufer 19 (Postscheckkonto: J. Michaelis, Berlin 34411)

Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt entgegen:

Fritz Bastine

Lübeck-Krempelsdorf, Auf der Reihe 15